

P R O T O K O L L

*über die 26. ordentliche Sitzung
des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 7. Juli 1994*

P R O T O K O L L

über die 26. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 7. Juli 1994, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler

Hermann Bachner

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Ulrike Fuchs

Günter Fürweger

Walter Gabath

Johann Glanzer

Hans Dieter Götz

Richard Gollatsch

Engelbert Huber

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Brigitte Lohnecker

DI Frank Mundorff

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Straßer

Walter Strobl

Marco Vanek

VOM AMT:

MD Dr. Kurt Schmidl

SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

MR Mag. Helmut Golda

MR Mag. Helmut Lemmerer

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist

Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

**Kenntnisnahme von Beschlüssen
des Stadtsenates:**

KEINE VORHANDEN

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Fin-40/94 Elektro-Technik Enzberger GesmbH.; Zirerstr. 5, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 2) Fin-108/94 Firma Ferroplan GesmbH., Ennser Str. 10, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 3) Bau2-2430/92 Absiedlung des Malereibetriebes Suppanschitz aus der Liegenschaft Knabl; Gewährung einer Wirtschaftsförderung.
- 4) Bau2-86/93 Architektenwettbewerb Bebauung Knoglergründe; Durchführung des Wettbewerbes bzw. Vergabe der diesbezüglichen Ausschreibung, Vorprüfung und Modellerstellung.
- 5) SchuPFL-73/94 Ganztagschule Ennsleite; Festsetzung eines Elternbeitrages für den Betreuungsteil.
- 6) Ha-12/93 Vereinigung zur Förderung der Modernisierung d. Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ); Förderungsansuchen f. d. Aufbau v. Forschungs- und Entwicklungsprojekten f. industrielle Produktionstechnologien in Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

- 7) K-70/94 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1994/95; Abschluß eines Werkvertrages.
- 8) Fin-129/94 Kulturelle und kirchliche Vereinigungen; Subventionsliste für 1994.

BERICHTERSTATTERIN STADTRAT INGRID EHREN-
HUBER:

- 9) SH-Erl.-2200/90 Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege"; ao. Subvention.
- 10) SH-Erl.-2200/90 Mobile Altenhilfe und Soziale Betreuungsdienste; Mittelfreigabe für das 2. Halbjahr 1994.

- 11) JW-4323/92 Gebühren für den Besuch der städt. Kindergärten, Tagesstätten und Horte; Wertsicherung; Änderung des Wirksamkeitszeitpunktes.
- 12) Ha-3957/92 Stadtpfarre St. Michael; Sanierung des Caritas-Kindergartens Wieserfeldplatz; Subvention 3. Jahresrate.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 13) Stadtw.-22/94 Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1993.
- 14) Stadtw.-33/94 Neubau Wiesenbergbrücke und Große Fallenbrücke; baubedingte Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserleitungen.
- 15) Stadtw.-36/94 Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung, 2. Teil; Erneuerung von Trinkwasserleitungen.
- 16) VerkR-7688/85 Städt. Verkehrsbetrieb; Einbindung in den Oö. Verkehrsverbund; Bestellung der Fahrscheinausgabegeräte und Entwertungsgeräte f. den Verkehrsbetrieb der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 17) BauH-145/94 Alten- und Pflegeheim Tabor; Erneuerung der Fensterkonstruktionen.
- 18) Bau5-4177/86 Alten- und Pflegeheim Tabor; Trockenlegung eines Kellerraumes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

- 19) BauStr.-146/94 Straßeninstandhaltung 1994; Vergabe der Arbeiten.
- 20) BauStr.-147/94 Asphaltierungsprogramm 1994; Vergabe der Arbeiten.
- 21) BauStr.-197/94 Belagsarbeiten auf der B 122, km 32.320 - 32.670.
- 22) Bau6-8393/92 Abschluß eines Dienstbarkeitsvertrages mit der Wohnanlagen GesmbH Linz zur Errichtung d. Pumpwerkes F samt dazugehöriger Kanalleitung.

- 23) Bau6-647/88 Kanalisation Tabor, 3. Bauabschnitt 1994/95; NK J, Q, M, N und P; öffentliche Ausschreibung vom April 1994.
- 24) Bau5-201/93 Kommunalzentrum; 1. Bauetappe; Adaptierung des Bürogebäudes; Vergabe der Schlosserarbeiten.
- 25) Bau3-7090/91 Weiterer Ausbau der Gußwerkstraße; Grundeinlösen von der Steyr-Daimler-Puch AG.
- 26) GemKan-102/94 Kanalanschlußgebührenordnung, Kanalbenützungsgebührenordnung; Novellierung zum 1. 7. 1994.
- 27) Bau4-6628/88 Renovierung der Inselbrücke; Schlußrechnung; Antrag auf Vergabe der Nachtragsangebote Nr. 3 und 4; Auftragsenerweiterung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-
REITER:

- 28) FW-16/94 Ankauf eines Löschfahrzeuges mit Bergeausrüstung für die Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr - Löschzug IV (Christkindl).
- 29) ÖAG-1446/74 Vertrag mit einer Werbefirma über Plakatierung u. Werbung auf Gemeindegrund der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HEL-
MUT ZAGLER:

- 30) Buch-2/93 Rechnungsabschluß 1993.
- 31) Ha-2450/90 40 Kleinwohnungen der Stadt Steyr im Resthof; Aufnahme eines Bauspardarlehens.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich. Auch die Vertreter der Presse möchte ich herzlich begrüßen. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer wurden mir die Gemeinderäte Franz Rohrauer und Hans Dieter Götz gemeldet. Nehmen die Herrschaften diese Funktion an? Danke sehr. Entschuldigt haben sich die Gemeinderäte Gerhard Bremm, Engelbert Lengauer und Friederike Mach. Frau GR Lohnecker hat mitgeteilt, daß sie etwas später erscheinen wird.

Zu Punkt Nr. 2) "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN" darf ich mitteilen, daß keine vorhanden sind.

Zu den "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS" darf ich berichten, daß wir eine verbesserte Wirtschafts-Situation haben, die sich auch auf den *Arbeitsmarkt* günstiger auswirkt. Es sind "nur mehr 3.100" Personen arbeitslos gemeldet - natürl. 3.100 zuviel! Die Arbeitslosenquote beträgt somit 7,5 %; die Verringerung der vorgemerkten Arbeitssuchenden beträgt (gegenüber dem Vorjahr) 552. Die Zahl der offenen Stellen beträgt 418, d. s. um 73 mehr als im Juni 1993. Dieser Zuwachs ist vor allem auf mehr Stellen im Metall- und Elektrobereich zurückzuführen.

Zum *Lehrstellenmarkt*: 164

Lehrstellensuchende stehen 179 offenen Stellen gegenüber - auch hier haben wir Gott sei Dank eine deutliche Verbesserung der Situation zu bemerken.

Betreffend der *FHS* darf ich Ihnen offiziell mitteilen, daß vom FHS-Beirat 2 FHS-Studiengänge, nämlich in Wels und Hagenberg, genehmigt wurden. Wir sind auch unserem Ziel, in Steyr ebenfalls einen solchen Studiengang zu installieren, um einen Schritt näher gekommen, indem wir am 15. Juni d. J. in der Generalversammlung zu einem ordentl. Mitglied des oö. Trägervereines zur Errichtung von FHS in unserem Bundesland gewählt und akzeptiert wurden. Das bedeutet, daß wir bei diesen Bemühungen in Zukunft auch die Unterstützung des Landes OÖ. haben werden. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist insofern passiert, als es gelungen ist, den Hrn. Bundesminister f. Unterricht und Kunst zu überzeugen, sodaß er einen Vorbereitungslehrgang in Steyr genehmigt hat. Ein diesbezügl. Schreiben ist an den Landeschulrat ergangen. Es liegt also jetzt beim Landeschulrat, daß wir auch tatsächl. mit der Durchführung beauftragt werden - alle Vorbereitungsarbeiten werden jedenfalls getroffen. In der HAK Steyr könnte dieser Vorbereitungslehrgang stattfinden; die Professoren aus HAK und HTL würden zur Verfügung stehen. Wir haben auch die

entspr. Mittel genehmigt, sie müssen nämlich vom Bund aufgebracht werden. Es ist nur so, daß hier eine Kompatibilität hergestellt werden muß mit den FHS-Studiengängen in Wels und Hagenberg, und daß es diesbezügl. Gespräche gibt zw. dem Landesschulrat und dem Bundesministerium. Ich versuche schon mit Nachdruck, den Hrn. Präsidenten zu sprechen. Es ist mir bis jetzt noch nicht gelungen - allerdings gibt es heute während der Sitzung einen Termin, bei dem ich ihn erreichen kann. Vielleicht kann ich dem GR sogar heute noch eine pos. Nachricht übermitteln - ich hoffe es sehr!

Die Vorbereitung und die Durchführung dieses Speziallehrganges sind eine Chance, Leuten aus dem dualen Bildungssystem den Einstieg in diese FHS zu ermöglichen. Ich bin der Meinung, daß wir das in Steyr ganz besonders dringend benötigen.

Weiters darf ich berichten, daß im Hinblick auf die *Landesausstellung 1998* eine sehr imponierende Auftaktveranstaltung in Weyer stattgefunden hat. Es wurde dort auch berichtet, daß sich mittlerweile 33 Gemeinden in OÖ. - im Eisenwurzen-Gebiet - an dieser Landesausstellung mit Projekten beteiligen werden. Dieses Symposium in Weyer war ganz hervorragend und hochkarätig besetzt - mit Wissenschaftlern, die diese Vergangenheit aufgearbeitet haben. Auch Hr. Wissenschaftsminister Vizekanzler Dr. Busek war an-

wesend und hat ein Referat gehalten.

Ich glaube, daß sich hier eine sehr pos. Entwicklung abzeichnet, und daß wir durch diese Ausstellung bzw. Durchführung der Projekte im Fremdenverkehr und somit auch in der Wirtschaft sehr pos. Impulse bringen können. Es wurde auch gesagt, daß alleine die Projekte in OÖ. ein Finanzierungsvolumen von 240 Mill. S erfordern - wieweit die Förderungen dann tatsächl. vom Land genehmigt werden, liegt noch etwas in der Zukunft und wird im Herbst zur Entscheidung anstehen. Berichten möchte ich aber auch noch, daß wir in Steyr mit dem Projekt "*Industriemuseum*" ein High-Light platzieren wollen. Wir haben es zeitgerecht eingereicht, der Verein arbeitet sehr aktiv an der Realisierung dieses Projektes, und ich hoffe, daß wir dementspr. Förderungen seitens des Landes dafür erhalten werden.

Weiters darf ich Ihnen mitteilen, daß die LIWEST ein sog. "Gemeinde-Teletext" plant. Es handelt sich um ein Pilot-Projekt, das im Herbst starten soll - zunächst in den Städten Linz, Wels und Steyr. Allerdings werden auch Umlandgemeinden im Ballungsraum (Linz - Wels) miteingeschaltet. Die Vorstellung ist im Prinzip die, daß beim Teletext-Programm auch für die entspr. Städte eine oder mehrere Seiten reserviert werden, über welche wir direkt der Bevölkerung wichtige, aktuelle

Meldungen übermitteln können. Da gibt es dann z. B. die Seite 235, und das ist die Steyrer Seite; hier können wir Mitteilungen machen, was Verkehrsprobleme o. ä. betrifft, oder z. B. Straßensperren und sonstige Dinge, die von Aktualität sind. So kann man auf raschem Wege die gesamte Bevölkerung informieren.

Die techn. Abwicklung ist so vorgesehen, daß hier im Haus ein Modem errichtet wird, und über dieses Modem muß die Meldung täglich, direkt ohne Zensur - im entspr. Umfang natürl., der vereinbart werden muß - gesendet werden. Das wird eine zusätzl. Aufgabenstellung für unseren Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

Damit bin ich am Ende meiner Mitteilungen. Nunmehr bitte ich Sie um Kenntnisnahme der Beschlüsse des StS, die mit den Sitzungs-Unterlagen an Sie ergangen sind. Kommen wir jetzt zu Punkt Nr. 5) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE", für welche ich den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik abgebe.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bgm. das Wort für seine Anträge.

BERICHTERSTATTER BGM.

HERMANN LEITHENMAYR:

Der erste Antrag ist ein Gewerbeförderungs-Antrag. Es soll eine Gewerbeförderung an die Fa. Elektro-Technik Enzlberger aus-

geschüttet werden. Der Antrag des StS an den GR lautet:

1) Fin-40/94

Elektro-Technik Enzlberger
Ges.m.b.H; Zirerstr. 5, 4400
Steyr; Gewerbeförderung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen v. 20. Juni 1994 wird der Fa. Elektro-Technik Enzlberger Ges.m.b.H., Zirerstraße 5, 4400 Steyr, für die anlässlich der Büro-, Werkstätten- und EDV-Erweiterung getätigten Investitionen in der Höhe von S 1,700.000,-- für einen Teilbetrag von S 1,500.000,-- ein 2%iger Zinszuschuß berechnet, anhand eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital: S 1,500.000,--, Laufzeit: 10 Jahre, halbjährliche Kapitalraten) auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 117.000,--, verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VAST 5/780/756000.9 Mittel in der Höhe von S 30.000,-- für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Ich ersuche, hierüber die Debatte zu eröffnen bzw. eine Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand - stimmen wir ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe?

Stimmhaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite Antrag betrifft die Fa. Ferroplan GesmbH. in der Ennser Straße. Es handelt sich dabei um die Firma, die in unseren Hallen im Kommunalzentrum - die wir zur Verfügung gestellt haben - untergebracht ist. Gegründet ist sie aus den Resten des ehem. Werkzeugbaues der Steyr-Daimler-Puch AG. In diesem Fall kommt es jetzt vereinbarungsgemäß zu der entspr. Übersiedlung an einen anderen Standort in der Wolfener Straße. Hier sind natürl. beträchtl. Investitionen notwendig. Wir haben eine Gewerbeförderung ins Auge gefaßt. In diesem Zusammenhang lautet der Antrag des StS an den GR wie folgt:

2) Fin-108/94

Firma Ferroplan Ges.m.b.H.;
Ennser Str. 10, 4400 Steyr;
Gewerbeförderung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen v. 21. Juni 1994 wird der Fa. FERROPLAN Ges. m.b.H., Ennser Straße 10, 4400 Steyr, für ihre anlässlich der Unternehmensgründung und Übersiedlung getätigten Investitionen in der Höhe von ca. S 15,000.000,-- ein jährlicher Zinszuschuß von S 200.000,-- auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung von insgesamt

S 1,000.000,--, verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VAS 5/7820/756000.9 Mittel in der Höhe von S 200.000,-- für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Ich ersuche Sie um Freigabe des heurigen Teilbetrages in der Höhe von 200.000 Schilling.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wünschen Sie hiezu das Wort?
Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Ich begrüße sehr diese Initiative von Hrn. Braunstein, hier einen Betrieb weiterzuführen und zu verlegen. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einen kleinen Rückblick in das Jahr 1986. Und zwar im Amtsblatt des 16. Juni 1986 steht hier auch herinnen, wie damals die Vergabe war an die Fa. VTS Verdrahtungstechnik, Fa. Dräxlmaier. Damals ist es um eine Subvention von 3,75 Mill. S gegangen - in 2 Raten, 1987 und 1989, mit der Auflage, 150 Arbeitsplätze zu beschäftigen. Es war auch der Zusatz - hier herinnen ist es nachzulesen: Bei Rückgängigmachung des Erwerbsvorganges ist der Ansiedlungszuschuß ohne Abzug an die Stadt zurückzuzahlen.

Wir wissen alle, was aus der VTS geworden ist. Ich hätte nur eine

Bitte: im Amtsbericht ist es nämlich nicht herauszulesen, wie weit hier diese Absicherung der Fall ist. Es ist sehr wünschenswert, wenn hier Arbeitsplätze geschaffen werden, aber trotzdem: Wie weit ist hier die Absicherung der Stadt Steyr bei dieser einen Mill. S an Gewerbeförderung?

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Keine weiteren Wortmeldungen? Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine Damen und Herren, wenn es so leicht wäre, dann würden wir das natürl. gerne tun. Aber wenn wir - weil Sie das Beispiel Dräxlmaier anziehen - uns die Situation ansehen, dann müßten wir sehen, was vorausgegangen ist: massenweiser Verlust von Frauenarbeitsplätzen in der Steyrer Industrie, Abwanderung der Schuh-Industrie. Die Gemeindeväter waren sehr interessiert und bemüht - wie wir es natürl. auch heute noch sind -, gerade im Bereich der Frauenarbeitsplätze Aktivitäten zu setzen. Dräxlmaier hat hier in der Erwartung, auch als Zulieferbetrieb für BMW auftreten zu können, diese Betriebsgründung vorgenommen. Es hat ja auch einige Jahre sehr gut funktioniert. Aber hätte 1986 wirklich jemand voraussehen können, daß 1989 der eiserne Vorhang niedergeht? Hätte sich

jemand vorstellen können, daß dies auch eine Wanderbewegung von Unternehmungen nach sich zieht, daß gerade handarbeitsintensive Arbeitsplätze in diese "Billiglohn-Länder" verlagert werden? Ich glaube nicht! Wirtschaft ist eben etwas, das lebt, das sich ständig verändert. Man kann hier nur mit einem kalkulierten Risiko arbeiten. Wir sind davon ausgegangen, daß wir den Betrieb fördern. Die Förderung hat bewirkt, daß diese 150 Arbeitsplätze geschaffen wurden, daß sogar in guten Zeiten bis zu 270 Beschäftigte dort gewesen sind.

Die weitere Entwicklung ist nicht erfreulich, aber mit diesem Risiko werden wir leben müssen. Sie haben richtig erkannt, daß ein Restrisiko sicher nicht auszuschalten ist. Ich hoffe sehr, daß wir von den 3 Betrieben, die hier in unseren Hallen der ehem. Reparaturwerkstätte gegründet wurden, auch alle "davonbringen". Aber ohne diesen Einsatz und die Hilfe der öffentl. Hand wäre es wahrscheinlich gar nicht möglich gewesen, diese Betriebe überhaupt zu gründen. Soweit meine Antwort - ich hoffe, daß das in dieser Weise auch vom GR zur Kenntnis genommen werden kann. Nunmehr bitte ich um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Keine. Einstimmig.
Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft wiederum eine Gewerbe-Angelegenheit; und zwar die Absiedlung des Malereibetriebes Suppanschitz aus der Liegenschaft Knabl, die wir mit Beschluß in der letzten GR-Sitzung erworben haben. Diese Liegenschaft muß "freigemacht" werden für die Errichtung der Bahnhofsüberbauung und auch für eine Wiederwidmung in einem Sinne, der hoffentlich arbeitsplatz-wirksam ist und zur Stadtbild-Verschönerung beiträgt. In diesem Zusammenhang waren schwierige Verhandlungen erforderlich, und es ergeht folgender Antrag des StS an den GR:

3) Bau2-2430/92

Absiedlung des Malereibetriebes Suppanschitz aus d. Liegenschaft Knabl; Gewährung einer Wirtschaftsförderung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten v. 21. Juni 1994 wird dem Malereibetrieb Suppanschitz, Steyr, Dukartstraße 5, eine einmalige Wirtschaftsförderung in Höhe von S 150.000,-- zur Absiedlung des Betriebes und Erwerb eines neuen Objektes gewährt. Gleichzeitig wird auf die Dauer von 3 Monaten, beginnend

ab Juli 1994, auf die Einhebung des Mietzinses von rund S 16.000,-- verzichtet.

Zum genannten Zweck wird bei der VASSt 5/7820/776010.4 ein Betrag von S 150.000,-- freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wünscht jemand das Wort dazu? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke. Gegenstimmen? Keine. Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Einstimmig.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Im Zusammenhang mit der Wohnbebauung Knoglergründe hat die Bewertung der Vorstudie durch den Gestaltungsbeirat stattgefunden. In der zweiten Sitzung wurde vorgeschlagen, daß hier ein Architektenwettbewerb durchzuführen sei oder es jedenfalls zweckmäßig erscheint. Eine ähnliche Vorgangsweise ist auch bei dem großen Projekt der Steyr-Werke im Südosten des Steinbrecherringes vorgeschlagen worden.

Wir haben uns nach eingehender Beratung entschieden, dieser Empfehlung des Gestaltungsbeirates zu folgen. D. h., es wird einen Architektenwettbewerb geben, welcher im Herbst durchgeführt werden soll. Zunächst der für die Knoglergründe, in wei-

terer Folge dann jener für das Steyr-Werke-Projekt - auch hier ist das mit den Verantwortlichen in dieser Richtung vereinbart. Es ergeht diesbezügl. folgender Antrag des StS an den GR:

4) Bau2-86/93

Architektenwettbewerb. Bebauung Knogler-Gründe: Durchführung des Wettbewerbes bzw. Vergabe d. diesbezüglichen Ausschreibung, Vorprüfung u. Modellerstellung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III v. 16. 6. '94 wird Nachstehendem wie folgt zugestimmt:

1. Durchführung d. Architektenwettbewerbes Knoglergründe
2. Vergabe der Ausschreibungserstellung und Vorprüfung an Arch. DI Haas in Höhe von ca. S 188.000,-- incl. MWSt.
3. Vergabe der Erstellung von Wettbewerbsmodellen an die Fa. Richter in Höhe v. ca. S 92.000,-- incl. MWSt.
4. Honorare Fachpreisrichter in Höhe von ca. S 50.000,-- incl. MWSt.
5. Kosten für Vervielfältigung und Präsentation in Höhe von ca. S 30.000,-- incl. MWSt.

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 350.000,-- incl. MWSt. bei VASSt. 5/0310/728100.1 freigegeben.

Gleichzeitig wird eine Kreditübertragung in Höhe von S 200.000,-- incl. MWSt. von VASSt. 5/6120/002350.6 bzw. S 150.000,-- incl. MWSt. von VSt.

5/6120/002360.5 auf o. a. VASSt. bewilligt.

Ich ersuche Sie auch hier, dem Antrag die Zustimmung zu gewähren.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zu Wort hat sich Hr. Dr. Pfeil gemeldet - ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es auch richtig, daß sich die Knoglergründe einen Architektenwettbewerb verdient haben. Ein Baugrundstück in dieser Größe, für so viele Wohnungen, in dieser Lage hat sich einen Wettbewerb verdient. Aber um so gescheit zu werden, glaube ich, hätten wir nicht so lange warten müssen. Wenn man in Steyr von einer Wohnungsnot spricht, dann ist man bes. angehalten und dann sollte man wirklich rechtzeitig überlegen, ob man nicht einem einzelnen Architekten - wem auch immer - "freihand" einen Auftrag erteilt und ihm dann per Gestaltungsbeirat sagen läßt: "Aber jetzt machen wir einen Wettbewerb"! Auch der Architekt hat sehr viel Zeit und Geld hineingesteckt.

Ich möchte das Problem der freien Auftragsvergabe im Bauwesen aktualisieren. Wo man einem Planer, einem Bau-Ing. einen Auftrag gibt, er soll sich das einmal ansehen, er soll es

sich überlegen, und dann augenzwinkernd sagt, er bekommt wahrscheinlich den Auftrag. Wenn er aber - wie in diesem Fall - wahrscheinlich nicht zum Zug kommt (es ist alles offen, er kann zum Zug kommen), dann hat ein Architekt sehr viel Zeit und Geld vertan, und die Steyrer Bürger haben sehr viel Zeit vertan, um weiter auf ihre Wohnungen zu warten. Schönen Dank!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Hr. Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ursprünglich war vorgesehen und vom Gestaltungsbeirat empfohlen, einen geladenen Architektenwettbewerb auszuschreiben. In der letzten Sitzung dieses Gestaltungsbeirates wurde empfohlen bzw. beschlossen, diesen Architektenwettbewerb öffentl. auszuschreiben. D. h., alle Architekten von OÖ. und Salzburg können sich daran beteiligen.

Inzwischen hat sich der Vorsitzende dieses Gestaltungsbeirates, der bei der letzten Sitzung nicht anwesend war, schriftlich geäußert und dabei erklärt und gewünscht, daß darüber hinaus noch österreichweit Architekten eingeladen werden sollen - und zwar 11 an der Zahl aus ganz Österreich, die im Wohnbau spezialisiert sind. Nunmehr hat

sich die Situation ergeben, daß sich die Ingenieur- und Architektenkammer gegen diesen Vorschlag wieder quergelegt hat. Es wird interessant sein, wie die Entscheidung ausfällt und wie der Architektenwettbewerb letztendlich abgeführt werden wird.

Eines ist sicher: Ein Wettbewerb wird zur Verbesserung und vielleicht zur optimalen Findung einer Wohnbebauung auf diesen großen Gründen beitragen. Es sollte aber nicht so sein, daß durch interne "Reibereien" dieser Architektenwettbewerb weiter verzögert und womöglich auch noch wesentl. verteuert werden wird.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer wünscht noch das Wort dazu? Niemand. Dann bitte ich um das Schlußwort des Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Hr. Dr. Pfeil, Sie haben natürl. recht. Wenn wir gewußt hätten, daß wir auf alle Fälle einen Architektenwettbewerb machen, dann hätten wir ihn gleich vorher machen können und sollen. Wir haben das aber nicht gewußt. Man muß dazu sagen - damit die Dinge ins Lot kommen -, daß bei Wohnbau-Vorhaben in der Oö. Wohnbauförderung Architektenwettbewerbe nicht vorgesehen sind. Der Referent hat mir

persönl. gesagt - das ist auch die Meinung der Bauträger -, daß dem auch in Zukunft nicht näher getreten werden soll. Da nämlich hier Kosten entstehen, die sich natürl. auf die Mieten umschlagen. Man kann auch sagen, daß es bei einem so großen Wohnbauvorhaben (250 bis 350 Wohnungen), bei dem man qualitativ voll bauen möchte, schon dafür steht, daß man so etwas tut. Es muß nur überlegt werden, wer es bezahlt! Ich verrate Ihnen wahrscheinlich ein offenes Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß dies wieder wir als Stadt tun werden müssen. So sieht das aus! Ursprünglich haben wir auch einmal die Meinung vertreten, daß wir wahrscheinlich einen solchen Bewerb machen können und sollen, aber dann ist eigentl. ein Fall eingetreten, warum es anders geworden ist.

Die Wohnbaugenossenschaft STYRIA hat sich mit der Bitte an die Stadt gewendet, doch von diesem Grundstück einen Teil an die STYRIA abzugeben und vielleicht auch an andere Wohnbaugenossenschaften. Im Hinblick darauf, daß die Wohnbaugenossenschaften ständig Grundbeschaffungsprobleme haben, wir aber eine möglichst hohe Wohnbauleistung zustande bringen wollten, haben wir uns entschlossen, dieser Überlegung näher zu treten. Die STYRIA hat sich hier wiederum bereit erklärt, sozusagen eine Eigenleistung einzubringen und hat

von sich aus - nicht wir, sondern die STYRIA! - einen Architekten beauftragt, um eine Planung zu machen. Das geht verhältnismäßig schnell und es war unsere Vorstellung, daß wir dieses Projekt dann dem Gestaltungsbeirat vorführen. Wenn er das akzeptiert oder modifiziert, kann es sehr rasch bei der Oö. Wohnbauförderung eingereicht werden. Das war die Überlegung, und diese ist ganz seriös und in Ordnung! Es wäre für die Stadt sehr günstig gewesen, wenn hier keine Planungsleistungen aufgetreten wären.

Leider ist es nicht so gegangen. In der ersten Sitzung des Gestaltungsbeirates hat dieses Projekt fast schon Gnade gefunden, es wurden nur einige kleine Einwendungen gebracht. Im wesentl. haben sie nur gesagt, daß sie gerne gewußt hätten, was im Norden und im Süden davon stattfindet, und daß diese Planungs- und Widmungsüberlegungen auch noch beigebracht werden sollen. Das haben wir dann eingebracht, und in der zweiten Sitzung waren die Herrschaften der Auffassung, daß überhaupt ein Architektenwettbewerb gemacht werden soll.

Wir wollten den Gestaltungsbeirat haben - als ein Korrektiv, damit wir qualitativ voll bauen. Aber in diesem Fall, wenn das so läuft, werden natürl. zusätzl. Kosten entstehen. Ich hoffe, daß qualitativ volles Bauen das Ergebnis ist! Die Kosten wird die Stadt übernehmen, die Wohn-

bauförderung nimmt darauf nicht Bezug, und wir haben es hier mit einem an sich noch ungelösten Problem zu tun.

Es sagen auch alle Wohnbaugenossenschaften, sie werden sich nicht damit auseinandersetzen, daß auch noch überall ein Architektenwettbewerb gemacht wird. Es ist an und für sich in OÖ. in unserer Wohnbauförderung nicht üblich. Daher meine ich, daß wir unter diesen Umständen trotzdem richtig vorgegangen sind, und daß wir diesen Architektenwettbewerb zur Durchführung bringen sollen. Ich bitte dafür um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sie haben den Antrag gehört - wir kommen nun zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Ebenfalls keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Schule. Und zwar ist hier die Ganztagschule auf der Ennsleite, die bisher jahrelang als Schulversuch geführt wurde, mit Beschluß des Ministeriums und des Parlaments zur Regelschule geworden. Dies bedeutet auch ein finanzielles Problem, weil dadurch für die Betreuungszeit am Nachmittag Kosten anfallen. Wir haben uns intensiv mit der

Materie beschäftigt, die Thematik auch im Ausschuß f. Schule und Sport beraten und Kontakt mit den Schulämtern in Linz und Wels aufgenommen. Wir haben das Modell, das sehr stark an Wels angelehnt ist, hier zum Vorschlag gebracht. Es geht darum, daß in diesem Schultyp von den Eltern 800 S/Monat beschlossen bzw. eingehoben werden sollen. Es wurde eine soziale Staffelung eingeführt, die ebenfalls an Wels angelehnt ist und in einer gew. Analogie zu unserem Hortbetrieb stattfinden soll. Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, heute dieser Vorlage zuzustimmen, damit man das auch den Eltern rechtzeitig mitteilen kann, und im Herbst dieser Schultyp, der offensichtlich nach wie vor gefragt ist, durchgeführt werden kann.

5) SchuPFL-73/94

Ganztagschule Ennsleite;
Festsetzung eines Elternbeitrages für den Betreuungsteil.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Schule und Sport v. 16. 6. 1994 wird die Tarifordnung für ganztägige Schulformen beschlossen. Diese Tarifordnung tritt mit Beginn des Schuljahres 1994/95 in Kraft.

Die Kundmachung hat durch zwoöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr zu erfolgen.

(BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldungen, dann stimmen wir ab. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der letzte Antrag beschäftigt sich mit der Finanzierung unseres neuen Institutes, der "Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich". Hier ist ein Förderungsansuchen für den Aufbau von Forschungs- und Entwicklungsprojekten für diese Technologien vorliegend. Wie Sie wissen, wird hier im heurigen Jahr ein Aufwand von 15 Mill. S zu betreiben sein; die Kosten werden zw. Bund, Land und Gemeinde aufgeteilt, wobei der Bund 50 % übernimmt, das Land 30 %, die Stadt Steyr 20 % - somit 3 Mill. S, die bei den entspr. VASSt ihre Deckung finden sollen. Ich ersuche Sie auch hier um Ihre Zustimmung.

6) Ha-12/93

Vereinigung z. Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Ö (VPTÖ); Förderungsansuchen für den Aufbau von Forschungs- und Entwicklungsprojekten f. industrielle Produktionstechnologien in Steyr.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten v. 1. Juni 1994 wird der Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ), Wehrgrabengasse 5, 4400 Steyr, für den Aufbau von Forschungs- und Entwicklungsprojekten für industrielle Produktionstechnologien in Steyr eine einmalige, ao., nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von 20 % der Gesamtkosten aus den Jahren 1993/94 im Betrag von 3 Mill. S gewährt.

Zum genannten Zweck werden nachstehende Kreditübertragungen im Ausmaß von insgesamt

S 3.000.000,--

auf die VASSt. 5/2890/777000.2 bewilligt:

1 Mill. S von 5/2890/771000.8

900.000,-- v. 5/7820/756000.9

300.000,-- v. 5/7820/756100.7

800.000,-- v. 5/7820/776010.4

Die sich daraus ergebenden Gesamtmittel in Höhe von 3 Mill. S werden bei VASSt 5/2890/777000.2 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wünscht jemand das Wort dazu? Niemand. Stimmen Sie diesem Antrag zu, so bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig. Danke vielmals. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bgm. zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Hrn. Vbgm. Dr. Pfeil zu seinen Anträgen das Wort.

BERICHTERSTATTER VBGM.

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! In meinem ersten Antrag geht es um einen kulturellen Antrag - Abwicklung der Gastspielsaison 1994/95, Landestheater Linz; Abschluß eines Werkvertrages. Es sollen 11 Darbietungen des Landestheaters Linz und 8 Darbietungen von Gast-Ensembles im Jahr 94/95 stattfinden.

Die zu erwartenden Einnahmen betragen schätzungsweise 1,350 Mill., dem stehen erwartete Ausgaben in Höhe von 2,2 Mill. gegenüber.

Ich bitte um Zustimmung.

7) K-70/94

Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 94/95; Abschluß eines Werkvertrages.

Der GR möge beschließen:

Die Abgeltung von 11 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1994/95 nach Maßgabe des Amtsberichtes der Dienststelle für Kulturangelegenheiten v. 6. April 1994 wird genehmigt. Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen.

Die Eintrittspreise erhöhen sich gegenüber der vorhergehenden Theatersaison um 5 %. Schüler,

Studenten, Lehrlinge und Präsenzdienner erhalten gegen Vorlage eines entspr. Ausweises eine Ermäßigung von 50 %.

Die Regelung über die Dienstsitze u. dgl., nach dem GR-Beschluß v. 16. 9. 1980, K-1800/80, wird beibehalten.

Die Pauschalabgeltungen für die Gastspiele des Linzer Landestheaters finden ihre Deckung aus der VASSt 1/3230/728100.7.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem zweiten Antrag - ebenfalls eine kulturelle Angelegenheit - geht es um kulturelle und kirchl. Vereinigungen für die Subventionsliste 1994. Ich bitte Sie, mich von der Verlesung der Subventionsliste zu entbinden. Weiters bitte ich um Diskussion bzw. Zustimmung.

8) Fin-129/94

Kulturelle und kirchliche Vereinigungen; Subventionsliste für 1994.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenh. v. 17. 6. 1994 werden nachstehend angeführten kulturellen und kirchlichen Organisationen und/oder Vereinen für das Jahr 1994 folgende Subventionen im einzelnen gewährt:

KULTURELLE VEREINIGUNGEN

VASSt 1/0610/757000.9

Fotogruppe d. "Naturfreunde" - S 6.000,--

VASSt 1/2790/757000.7

Volkslesehalle Steyr - S 4.000,--;
BZD - S 20.000,--; Bücherei der Pfarre Münichholz - S 4.000,--;
Arbeiter-, Kultur- u. Bildungsverein - S 5.000,-- (gesamt: S 33.000,--)

VASSt 1/3000/757000.0

Kultur- und Theaterverein AKKU - S 70.000,--

VASSt 1/3240/757000.2

Volksbühne Steyr - S 8.000,--

VASSt 1/3500/757000.9

Kunstgruppe d. ÖGB - S 4.000,--

VASSt 1/3220/757000.4

Stadtkapelle Steyr - S 30.000,--;
Musikverein Gleink - S 9.000,--;
Musikverein Christkindl - S 9.000,--; Arbeitersängerbund "Stahlklang" - S 8.500,--; MGV "Sängerlust" - S 7.500,--; Männerchor Steyr - S 5.000,--; Kärntner Sängerrunde - S 3.000,--; Mandolinenorchester "Arion" - S 6.000,--; 1. Steyrer Zitherverein - S 6.000,--; KGM-Club-Chor - S 5.000,-- (gesamt: S 89.000,--)

VASSt 1/3600/757000.7

Österr. Gesellschaft f. Eisenbahngeschichte (Steyrtalbahn) - S 50.000,--

VASSt 1/3690/757000.8

Trachtenver. Steyr - S 6.000,--;
Verein Heimatpflege - S 5.000,--;
Verschönerungsverein Steyr - S 6.000,--; Kärntner Landsmannschaft - S 6.000,-- (gesamt: S 23.000,--)

KIRCHLICHE ORGANISATIONEN

VASSt 1/3900/757000.1

Caritas Dekanatsamt Steyr - S 11.000,--; Presbyterium d. evang. Pfarrgemeinde - S 8.500,--; Alt-katholische Kirchengemeinde Steyr - S 2.000,-- (gesamt: S 21.500,--)

Die hierfür erforderl. Mittel werden bei den entspr. VASSt (BEILAGE) freigegeben.

Da eine Bestreitung des notwendigen Betrages von S 33.000,-- aus der zuständigen VASSt 1/2790/757000.7 nicht möglich ist, wird eine Kreditübertragung v. S 15.000,-- aus VASSt 1/3000/728000.6 bewilligt.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Hr. Koll. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Werte Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des GR! Im Vergleich zu anderen Subventions-Ansuchen, die wir das Jahr über hier behandeln, sind diese ja geradezu milde - und kleine Beträge!

Ich darf aber vielleicht auf zwei Subventions-Ansuchen bes. ein-

gehen. Und zwar einer der größeren Brocken: die 50.000 S für die Eisenbahn-Geschichte. Es freut mich ganz besonders, daß dieser Verein letztendlich doch große Anerkennung in unserer Stadt gefunden hat, obwohl dieser Betrag - ich glaube - um ein vielfaches über Umwege, über den Tourismus usw. in die Stadtkasse wieder zurückfließt.

Das zweite ist der Verein Heimatpflege, der zwar nur 5.000 S in Anspruch nimmt, aber auch für die Stadt sehr große Leistungen erbringt - es handelt sich hier um einen sehr alten Verein. Ich habe mich persönl. sehr lange in Zwischenbrücken mit dem Projekt beschäftigt; und es war auch unsere Fraktion, die darauf gedrängt hat, daß dieser neuralgische Tourismuspunkt endlich einmal saniert und restauriert wird - was ja jetzt endlich geschehen ist. Gerade dieser Verein hat z. B. die Restaurierung und damit auch in Eigenregie die Finanzierung des großen, alten Stadtwappens, das auf der Fassade oben ist, in Höhe von 35.000 S übernommen - aus eigener Kasse! Daher finde ich diese 5.000 S in Anbetracht der Ausgaben dieses Vereines geradezu minimal.

Interessant ist vielleicht in diesem Zusammenhang, daß hier auch ein Verein aufscheint, den es lt. meinen Recherchen nicht mehr gibt: Der Verschönerungsverein Steyr, der sich inzw. aufgelöst hat, scheint hier mit 6.000 S Subventions-Ansuchen

auf. Ich würde daher vorschlagen - nachdem die Art der Vereine sehr ähnlich ist -, diese 6.000 S dem Verein Heimatpflege zu geben. Ich habe mit dem Vorsitzenden des Vereines Heimatpflege gesprochen, sie würden gerne diese 6.000 S in Anspruch nehmen, um auch in Zukunft ähnliche Aktivitäten besser durchführen zu können. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke auch. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Schlußwort des Referenten bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Kurz zum Verschönerungsverein Steyr. Meines Wissens ist dieser Verein aufgegangen im Verein Heimatpflege bzw. herrscht eine große Interessensgemeinschaft und -übereinstimmung. Aber vielleicht bin ich da nicht auf dem laufenden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kann sein. Das ist normalerweise etwas anderes.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Jedenfalls werden Subventionen nicht ausbezahlt, wenn es den Verein nicht mehr gibt; bzw. werden die Vereine nicht mehr - wie in der Vergangenheit - aufgefordert, um eine Subvention anzusuchen. Das ist schon eine

Ansuchens-Schuld seitens der Vereine! Ich bitte um Zustimmung. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

So ist es! Sollte sich der Verein aufgelöst haben, bekommt er ohnehin nichts. Mir ist das in dieser Weise allerdings nicht bekannt. Ich habe mich bei einer der letzten Begegnungen noch bemüht, den Verschönerungsverein, den wir eigentl. dringend brauchen würden, wieder "wach zu küssen". Das wollte ich noch gesagt haben. An und für sich ist dem nichts hinzuzufügen, was der Hr. Referent gesagt hat, darum kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Hrn. Dr. Pfeil und würde nunmehr Fr. Kollegin Ehrenhuber bitten, uns ihre Anträge vorzutragen.

BERICHTERSTATTERIN STR.

INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen 4 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Mein erster Antrag betrifft eine ao. Subvention an den Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" und lautet:

9) SH-Erl.-2200/90

Verein "Steyrer Heimhilfe u.

Hauskrankenpflege"; ao. Subvention.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Soziales v. 25. 5. 1994 wird dem Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" eine einmalige, ao., nicht rückzahlbare Subvention zur Abgeltung folgender Aufwände aus 1993 gewährt:

S 107.321,40 - Übernahme der Mietkosten für die Vereinsräume im APT

S 417.351,35 - zur Abgangsdeckung für den Personalaufwand der freien Mitarbeiter = S 524.672,75 GESAMTSUBVENTION

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 524.673,--

von der VASSt 1/4260/401000.9 auf die VASSt 1/4240/757100.9 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VASSt 1/4260/401000.9 zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr. Vbgm. Sablik gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich benütze den Antrag von Fr. Kollegin Ehrenhuber nicht, um gegen sie oder ir-

gendjemand zu polemisieren, sondern ich benütze das als Aufhänger, um das loszuwerden, was ich loswerden möchte. Und zwar geht es um die Probleme der älteren Generation.

Bei Prof. Breitling nachzulesen in seiner Studie: von ca. 27.000 Wählern in Steyr sind etwa 9.200 Personen über 60 Jahre alt. Das ist ein Bevölkerungsanteil, den man mit seinen Sorgen und Problemen natürl. nicht einfach so "wegwischen" kann. Dies führt zur Betrachtung der Arbeitsweise von eben angezogenen Vereinen, wie "Heimhilfe und Hauskrankenpflege", vor denen ich höchste Achtung habe. Wir dürfen hierbei aber nicht vergessen, daß dieser Verein irgendwann beim einzelnen Patienten an die Grenzen stößt, wo der Pflegling zuhause ambulant nicht mehr pflegend behandelbar ist. Der Haus- oder Amtsarzt verlangt dann eine Einweisung in ein Heim - er muß das verlangen!

Der Verein pflegt ungefähr 200 Personen - das hat mir die Obfrau, Frau Salat, gesagt. Schon bei der Pflege entstehen Probleme: Wir haben vor Jahren mit dem Bau von Pensionistenwohnungen begonnen und haben mittlerweile die stolze Zahl von ca. 520 Wohnungen erreicht. Dort bleiben die Leute solange wie möglich zuhause, bevor sie überhaupt einen Gedanken an ein Altenheim verschwenden. Mitgeholfen zu dieser Zufriedenheit hat die Aktion "Essen auf Rädern", die aber auch an der

Grenze der Kapazität steht. Also nicht bei der Produktion der Essensportionen - da gibt es ja nichts -, sondern bei der Ausfuhr. Der Präsident des Roten Kreuzes hat bei der Eröffnung ganz offiziell alle angesprochen - darunter auch mich - und um Mithilfe gebeten, daß diese Aktion ausgeweitet wird, weil aufgrund der Verkehrsprobleme mit 4 Wagen das Auslangen nicht mehr gefunden werden kann. Höchstens 200 Portionen können ausgeliefert werden - angemeldet sind aber mehr! Mit einem Wagen können eben nur 50 Portionen ausgeliefert werden, weil ansonsten das Essen viel zu spät kommt.

Ich bitte Sie, im Sozialausschuß darüber nachzudenken, hier ein weiteres Fahrzeug anzuschaffen, und auch über die Erhöhung der Entschädigungen für die Rot-Kreuz-Leute nachzudenken - sie haben seit 1990 keine Erhöhung für ihre Tätigkeit erhalten.

Dieses Problem führt natürl. zur Frage, wie es mit dem APT aussieht. Ich muß sagen, daß die Umbau-Maßnahmen und die Finanzierungen, die wir hier beschlossen haben, jetzt schon langsam sichtbar werden. Ich bin zufrieden damit, aber ich muß sagen, daß zwar für die alten Leute der Standard verbessert wird - das gebe ich zu -, allerdings wird die Aufnahmekapazität nicht vergrößert. Ganz gleich, wer der Eigentümer ist - in diesem Fall ist es die Stadt selbst -, auch wenn eine Schule

drinnen wäre, aber der Eigentümer hat Verpflichtungen, eine alte Burg, wie es das APT ist, instandzuhalten bzw. von Zeit zu Zeit zu renovieren und zu erneuern.

Ich will damit sagen, daß der größte Teil der Summen von weit über 60 Mill. S, die ins APT fließen, für die Instandhaltung bzw. Erneuerung der Gebäude und so. Anlagen dient.

Die Sorge ist, daß ca. 200 Personen - StR Holub wird das besser wissen, ich weiß es nur ungefähr - bereits um Aufnahme angesucht haben. Alte Bürger unserer Stadt werden im Bedarfsfall, wenn es wirklich nicht mehr anders geht, in andere Bundesländer transferiert, asyliert in anderen Heimen, anderen oö. Anstalten. Die meistens auch schon betagten und invaliden Angehörigen sind nicht mehr in der Lage, diese alten Steyrer dort zu besuchen. In dem Moment, wo sie dort asyliert sind, fallen sie aus der Liste heraus und sind keine bedürftigen Steyrer mehr, die auf einen Heimplatz Anspruch haben. Man holt manche wieder zurück, wo die Angehörigen permanent "bohren", aber viele versterben in der Fremde. Steyrer, die ihr Leben lang hier gearbeitet haben, die hier Gewerbetreibende oder Konsumenten waren, sterben ganz vergessen in der Fremde. Das gefällt mir nicht!

Von den - ich habe die Daten hier - 340 Patienten in unserem Heim

sind 80 % in der Pflegeabteilung, d. s. ca. 270 Personen. Hr. StR Holub hat mir gesagt, daß im Jahr ca. 1/3, d. s. 100 bis 120 Steyrer Bürger, im Heim versterben, so daß im Höchstmaß 120 Personen neu eingewiesen werden können; trotzdem besteht noch ein Überhang von 200 Personen - die kann man ja nicht einfach abziehen. Wenn wir die Zunahme der verkehrten Alterspyramide und die Daten, die ich eben angeführt habe, in Berechnung ziehen, dann haben wir im Jahr 1995 einen Fehlbestand von 300 Personen, die dringendst - wirklich dringendst! - in ein Heim aufgenommen werden müssen.

Ich möchte Sie hier im Namen des Pensionistenverbandes auffordern, darüber einmal nachzudenken; und ich möchte **alle** Parteien dringend auffordern - denn diese 9.000 Personen wählen alle Parteien in Steyr -, nicht nur auf die tägl. Probleme Rücksicht zu nehmen. Ich weiß, unsere Zukunft ist die Jugend, die sollen auch ihren Teil erhalten, aber ich bitte Sie, nicht auf die Alten zu vergessen!

D. h.: Neubau von 1 oder 2 Alten- und Pflegeheimen!

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Hattet Ihr gestern bei den Städtefreunden noch eine längere "Plauscherei"?

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Du kannst ruhig Deine Späße darüber machen, in 10 Jahren bist Du auch einer von denen!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr - Koll. Holub hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Die Wortmeldung des Hrn. Vbgm. Sablik ist mir aus dem Herzen gesprochen. Ich versuche seit Jahren auf die Thematik hinzuweisen und bin wirklich sehr froh darüber, wenn wir zu einer "Marschgemeinschaft" finden können für die Anliegen der älteren Menschen in unserer Stadt. Ich bin guter Hoffnung, lieber Helmut Zagler, daß Dein Zwischenruf vorhin wirklich nur ein Scherz an einem heißen Tag war und nicht aus Deiner Grundeinstellung herkommt. Vbgm. Sablik und ich brauchen nicht den Anlaß für die Erörterung von Themen, wo wir auch Daten austauschen, unbedingt bei Anlässen der Städtefreundschaft zu machen. Die Ernsthaftigkeit des Themas ist bekannt. Natürl. hat der Hr. Vbgm. Sablik mich um meine Eindrücke bei der Unterbringung von Personen gefragt. Das ist sein gutes Recht, und das hat er auch wahrgenommen. Das hat mit der Städtefreundschaft nichts zu tun;

ich würde das jetzt auch gar nicht so lange ansprechen, wenn es nicht die Ernsthaftigkeit des Themas in Frage ziehen würde.

Die Ernsthaftigkeit ist durchaus gegeben, und es ist eine brutale Wahrheit, die Erich Sablik hier gesagt hat. Damit wir einen alten Menschen unterbringen können, muß ein anderer alter Mensch Platz machen. Es hat überhaupt keinen Sinn, wenn der hohe GR der Stadt Steyr vor dieser traurigen Wahrheit den Kopf in den Sand steckt und sich denkt, das wird schon gehen, bis zu dem Moment, wo die alten Menschen oder die Angehörigen das einmal tun, was eigentl. tägl. zu erwarten ist. Daß wir nämlich einmal einen "ganz netten" Bürgeraufstand haben - gegen die Tatsache, daß mit dem Altenheim-Zubau bzw. -Neubau und dem Zurverfügungstellen von neuen Plätzen seit Jahren nichts weiter geht.

Als ich dieses Ressort übernommen habe, lagen die Antragszahlen zw. 40 und 60 Fällen - jetzt haben wir 200, bei wöchentl. steigender Tendenz!

Der Fall von einer alten Bürgerin - Du hast den Namen nicht erwähnt, ich werde ihn auch nicht erwähnen - ist tragische Wahrheit, bitte! Da kommt jemand nach einem Schlaganfall ins Krankenhaus in Steyr - eine alte Steyrerin. Wird von dort nach Hause entlassen, kann aber nicht nach Hause, weil es einfach nicht geht. Sie kommt dann zur Rehabilitation ins LKH Mauer-

Öhling - das wurde über unsere Verwaltung im Altenheim vermittelt. Dort wird sie einigermaßen gebessert, sodaß sie wieder bewegungsfähig wird und muß dann nach Wochen von dort (vom LKH) wieder entlassen werden, weil kein Mensch mehr dafür bezahlt. Die Sozialarbeiterin im LKH Mauer-Öhling geht auf die Spur, wohin mit dieser Dame? Sie findet ein Altenheim an der nö.-bgld. Grenze, das bereit war, diese Dame aufzunehmen. Dann ist diese Frau in einem psychischen Zustand, wie man ihn sich vorstellen kann - nach einem Schlaganfall, bewegungs-eingeschränkt, sprachgestört. Sie liegt dann in einem Altenheim in einer Gegend, wo sie überhaupt niemanden kennt. So lösen wir die sozialen Probleme der Gegenwart! Wir haben dann von diesem Fall erfahren, und natürl. haben wir danach getrachtet, daß wir die nächste Gelegenheit finden können, um die Dame zurück nach Steyr zu bringen.

Aber das ist ein Fall, der publik wird. Wieviele sind in Linz im Sonnenhof, in einer Umgebung, die sie nicht kennen? Wissen Sie, wieviele im Krankenhaus draußen liegen, auf den intensiven Behandlungsabteilungen? Ich habe das ermittelt, derzeit haben wir 11 Personen, die unmöglich mehr im Krankenhaus bleiben können, weil die Bedingungen für einen Krankenhaus-Aufenthalt einfach nicht erfüllt sind aus dem Gesundheits-Status. 11! Wissen

Sie, wieviele in den Haushalten liegen, wo die Leute schon aufgegeben haben, uns zu fragen, ob wir helfen können? Können Sie sich das vorstellen? Ich möchte Ihnen noch ein Schicksal schildern:

Ein Sohn hatte selbst einen Herzinfarkt - er ist pensioniert und 62 Jahre alt. Seine Mutter ist 85 Jahre (der Fall, den ich jetzt schildere, ist 2 Jahre alt; ich nenne auch keinen Namen). Die Mutter wird vom Spital entlassen, nach langen Gefechten; die Unterbringung im Altenheim war nicht möglich. Die Dame ist von der Rettung in ihre Einraum-Wohnung zurückgebracht worden. Der Herzinfarkt-Patient Sohn hat ein 3/4 Jahr auf dem Fußboden neben seiner Mutter geschlafen, damit die Mutter nicht unbetreut ist. Das ist Sozialpolitik des endenden 20. Jahrhunderts!

3 Jahre sind vergangen, seit ich gesagt habe, wir müssen unbedingt etwas tun, es geht nicht so weiter! Auf dem Grund, auf dem das Altenheim in Münchenholz gebaut werden soll, sind noch immer die Schrebergärten - die sind immer noch nicht abgesiedelt. 2 Jahre Bauzeit sind wohl das mindeste, was man erwarten kann. 1 Jahr Planungszeit ist wohl das mindeste, was man erwarten kann. Und jetzt siedelt einmal 70 Schrebergärten ab - wie schnell das geht! Und dann gebt mir bitte irgendeine Phantasie mit, daß ich den Bürgerinnen und Bürgern

der Stadt Steyr sagen kann, "wir kennen Eure Probleme und haben die seriöse Absicht, sie zu lösen"!

Ich bin Erich Sablik wirklich sehr, sehr dankbar, daß er dieses Thema angeschnitten hat, weil es die Möglichkeit gibt, es nicht als politische "Haxlbeißerei" vom "narrischen" Holub darzustellen, sondern als das wiederholte, endlich einmal gemeinsame Aufzeigen einer hoffnungslosen Situation.

Die sozialen Dienste in unserer Stadt funktionieren rel. gut. Wir haben uns schon öfters darüber unterhalten, daß die Inanspruchnahme die finanziellen Leistungsgrenzen mancher, besser gesagt vieler Haushalte übersteigt. Die Anhebung der Gebührensätze übersteigt bei weitem das, was über das Pflegegeld mehr herein gekommen ist. Zahlreiche Institutionen haben sich damit auseinandergesetzt - auch die Arbeiterkammer, habe ich mit großem Interesse gelesen. Der Hr. Sozialminister findet dieses Thema aber eher weniger debattierbar! Auch traurig! Weil das Sozialpolitik des endenden 20. Jahrhunderts ist!

Was machen wir jetzt wirklich? Wir können zwar die Gemeinde Sierning mit "Essen auf Rädern" versorgen - warum auch nicht! Aber wir können den Steyrer Bürgerinnen und Bürgern, die "Essen auf Rädern" brauchen, auch nicht mehr sagen, "Ihr bekommt das jetzt, weil die

Transportkapazität erfüllt ist (das wurde jetzt erwähnt); und auch die Küchenkapazität am Transportband selbst wird lt. Leiter der Küche im Altenheim an die Grenze herankommen.

Hier müssen wir uns fragen: Tun wir wirklich alles, um die Probleme zu lösen? Stecken wir wirklich den Kopf einmal aus dem Sand heraus und halten wir uns die neg. Bevölkerungs-Pyramide vor Augen! Es ist alles gesagt worden. Ich kann jedes Wort, das Koll. Sablik gesagt hat, nur unterstreichen, weil jedes Wort davon wahr ist! In der vollen Dramatik, die darin liegt, daß das nicht irgendwelche statistischen Zahlen sind, sondern daß es bitte Menschen-Schicksale sind. Das könnte, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Mutter oder Ihr Vater sein! In ein paar Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir es selber sein! Das, lieber Helmut, ist wirklich nicht der Anlaß zum Späßchen machen. Ganz egal, über wen! Hier wird es wirklich bitter, bitter ernst, und hier wird es wirklich einmal Zeit, etwas zu unternehmen. Ankündigungen alleine werden uns die Bürgerinnen und Bürger sicher nicht mehr glauben!

Über die Finanzierung eines Heimbaues herrscht Klarheit. Das Modell habe ich vorgelegt; über die Konzeption eines Heimes herrscht Klarheit. Da gibt es entspr. Verordnungen.

Ich höre, daß es über einen Wohnbauträger ein weitgehendes

Gespräch - ich bin zwar der Referent, war aber nie dabei - gab. Ich war nie dabei bei diesen Gesprächen, aber ich höre, daß der Hr. Bgm. und die Bau-direktion Gespräche recht weit geführt haben. Ich bin neugierig, wann man auch Ergebnisse sieht und bedanke mich noch einmal bei Dir, Erich Sablik, daß Du das Thema in diesem Umfang an-gezogen hast!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet: Frau Kollegin Bauer.

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Meine verehrten Herren Bgm., meine Damen und Herren! Nach-dem wir jetzt ohnehin schon weit weg sind vom Thema, habe ich noch ein paar Gedanken zum "eingeschobenen" TOP. Nachdem es um die Schrebergärten in Mönichholz geht, ist mir etwas eingefallen - ich habe das schon einmal in einer GR-Sitzung gesagt, aber ich möchte es noch einmal aufwärmen. Der Altbau des Krankenhauses Steyr würde mir z. B. als Altenheim insofern bes. gut gefallen, weil man die ganzen medizinischen Einrich-tungen mitbenützen könnte. Da-bei könnte man eine Menge Geld sparen.

Ich glaube, das ist in diese Richtung gar nicht so verfolgt worden, wie ich mir das gewünscht hätte. So baut man ein Altenheim ans andere Ende der

Stadt - das Krankenhaus ist in der anderen Richtung, weit weg. So könnte man das vielleicht ganz gut verknüpfen! Nachdem das mit den Schrebergärten auch nicht weitergeht, könnte man ev. in dieser Richtung versuchen, etwas zu finden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Holub, die "ZWEITE" bitte.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich möchte das gleich von der Bank aus sagen - nur eine kleine "Begegnung" darauf. Hier sind nämlich unsere Gesetze nicht danach. Das eine ist ein Kran-kenhaus, und das andere ist eine bes. Wohnform - das eine darf im anderen nicht sein! Eine Geriatrie im Altbau

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Eine Pflege-Abteilung!

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLI-CHE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte vor dem Schlußwort ein paar Bemerkungen dazu machen. Es ist natürl. zutreffend, daß die Zahl der Menschen, die ein hohes Alter errichten, ständig im Steigen ist - eine Binsen-weisheit. Weil wir ja alle 10 Jahre um 2 Jahre älter werden. Das ist bekannt; wir haben einen Effekt durch diese Einrichtungen,

über welche wir jetzt diskutieren - Heimhilfe und Hauskrankenpflege, MOHI u. a. m. Diese Vereine bringen uns hier die Chance, daß die Leute länger in ihren Quartieren bleiben können. Aber letztendlich werden sie in umso höherem Ausmaß pflegebedürftig. Das ist ebenfalls richtig, daher haben wir auch Übereinstimmung, daß wahrscheinlich noch mehrere - wir haben das auch als GR beschlossen - Alten- und Pflegeheime gebaut werden müssen. Wie die Standards sind, darüber waren wir uns bis vor kurzer Zeit noch nicht so einig. Denn darüber haben die Experten miteinander gestritten. Wie groß diese Häuser sein sollen, hat man vor 4 Jahren noch völlig anders beurteilt als heute. Obwohl ich gerade jetzt gehört habe, daß in Linz wieder eines mit 274 Betten gebaut wird, während die Kommission der LR sagt, daß die Obergrenze bei 100 bis 120 Betten liegt. Nur aus diesem kleinen Beitrag kann man schon erkennen, wie die Diskussion hin- und hergeht. Es ist auch nicht so, daß hier nur lamentiert wird. Wir haben uns auch angesehen, wie der Versorgungsstand mit Pflegebetten in Wirklichkeit aussieht. Ich darf sagen, daß die Stadt Steyr diesbezügl. besser "unterwegs" ist als die Landeshauptstadt Linz - wenn ich die städt. Pflegebetten in Vergleich ziehe. Linz hat den Vorteil, daß es auch noch andere Einrichtungen auf diesem Gebiet gibt, die wir leider nicht zur

Verfügung haben. Das muß auch einmal gesagt werden!

Wir haben ganz konkret an die WAG, die Großgrundbesitzer in Münichholz ist, den Auftrag erteilt. Die WAG sieht in diesem Stadtteil großräumige Bauvorhaben vor, und wir haben uns auch darauf geeinigt, daß das erste zusätzl. zu bauende Altenheim dort sein soll. Die WAG realisiert gerade in Linz ein solches Haus und plant eines für Leonding. Es ist naheliegend, daß man denen, die den Grund besitzen, die bauen können und die Planungserfahrung einbringen, den Auftrag gibt, auch für uns ein solches Haus zu errichten. So wird es nämlich am schnellsten und am problemlosesten gehen! Es ist auch schon ganz konkret im Bebauungsplan vorgesehen, den wir vorbereiten. So sehen die Dinge aus; konkrete Gespräche habe ich mit dem Vorstandsdir. der WAG, Mag. Schön, und mit der Vorstandsdirektorin Müller geführt. Sie sind dabei, sie sind "am Zug", und sie werden einen dementspr. Entwurf vorlegen. Ich hoffe, daß dies einigermaßen bald geschehen kann.

Was die Sache mit den Schrebergärten anbelangt, muß ich sagen, daß ich mich auch sehr bemüht habe - zuletzt heute vormittag -, um mit der SDP AG, die dort Grundbesitzer ist, zu einem Übereinkommen zu gelangen. Dieses soll besagen, daß wir auf einem Gebiet, das sie anderweitig nicht nützen können

- ich spreche hier von 60.000 bis 70.000 m² -, eine große Schrebergarten-Kolonie errichten. Die Rechtsverhältnisse der zukünftigen Schrebergarten-Besitzer - im Gegensatz zu heute, wo sie nur Gestattungen haben - werden sich hier wesentl. verbessern. Mir würde vorschweben, daß sie langfristige Mietverträge machen können; bzw. wäre es möglich, daß sie diese Schrebergarten-Parzellen auch tatsächl. ankaufen. So läßt sich die Investition wenigstens auch ökonomisch - sozusagen - realisieren. Gegenwärtig ist das ja oftmals - wie wir sehen - nicht der Fall.

Ich habe hier einen gew. "Koppelungs-Effekt" ins Auge gefaßt und gesagt, wie es die Lateiner sagen: UNO ACTO - hätte ich gerne. Hr. Koll. Holub, und andere Lateiner unter uns. Ich habe also gesagt, daß ich gerne die Abwicklung unserer Zahlungen (zweite Rate f. das Kommunalzentrum!) in Abstimmung mit einer Realisierung dieser Schrebergarten-Kolonie in Verbindung gebracht hätte - UNO ACTO. Das hat er jetzt einmal akzeptiert. Ich habe bereits von der WAG eine Planung machen lassen. Die haben nämlich auch Interesse, diese Schrebergärten abzusiedeln, wo man weitere Bautätigkeit praktizieren kann und das APM (Alten- und Pflegeheim Münichholz) hinbauen wird. Sie wollen also diese Gärten wegbringen, daher habe ich gebeten, eine Planung zu machen

- "gratis und franko". Diese Planung haben wir im Haus, auch Hr. Dr. Koch hat sie in Händen - ich habe sie ihm übermittelt. Noch im Juli möchte ich über diese Vorstellung weiter verhandeln, sodaß die Übersiedlung der "Schrebergärtler", die man nur unter äußerst erschwerten Bedingungen vornehmen kann (da bringt man ja einen Erbhofbauern leichter weg als einen "Schrebergärtler"), ehestens über die Bühne geht. Man muß ihnen jedenfalls Ersatzflächen zur Verfügung stellen; das werden wir mit Sicherheit auch realisieren - ich bin guten Mutes!

Wir sind nun weit über Gespräche hinaus - nämlich bereits ganz konkret bei der Realisierung dieses wichtigen Anliegens. Das wollte ich bemerkt haben.

Nun bitte ich die Fr. Referentin um ihr Schlußwort.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Grundsätzlich kann ich das Gesagte zum Altenproblem nur unterstreichen. Zur Kollegin Bauer möchte ich sagen, daß wir uns seit gut 15 Jahren - wenn nicht schon länger - bemühen, eine geriatrische Abteilung im LKH Steyr zu errichten. Der letzte Stand ist so, daß uns etwa für das Jahr 2000 eine Zusage gegeben wurde über 20 oder 25 Betten. Das ist nur ein "Tropfen auf den heißen Stein"! Es hilft sicher nicht, die Problematik zu verbessern. Es wird lediglich so

sein, daß die "Akut-Betten" für dringende Fälle freigestellt werden. Mehr wird das im Krankenhaus sicher nicht sein.

Dennoch darf ich Sie - aufgrund des Gesagten - bitten, dem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr - wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es ebenfalls um die "Mobile Altenhilfe" - um die Mittelfreigabe für das zweite Halbjahr 1994. Der Antrag lautet:

10) SH-Erl.-2200/90

Mobile Altenhilfe und Soziale Betreuungsdienste; Mittelfreigabe für das 2. Halbjahr 1994.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Soziales v. 19. 5. 1994 werden die erforderlichen Mittel zur Deckung des Abganges der Vereine für das 2. Halbjahr 1994 im Ausmaß von

S 1,295.943,30 für den Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" und

S 308.739,43 für den Verein "Miteinander - Mobiler Hilfsdienst"

gesamt: S 1,604.682,70 bewilligt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,067.805,--

bei der VASSt 1/4240/757100.9 freigegeben sowie eine Kreditübertragung in Höhe von

S 536.878,--

von der VASSt 1/4260/401000.9 auf die VASSt 1/4240/757100.9 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VASSt 1/4260/401000.9 zu erfolgen.

Ich ersuche Sie, diese Summe freizugeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort hat sich Hr. GR Dr. Tilman Schwager gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Dieser letzte Antrag findet natürl. auch unsere Zustimmung. Ich muß dazu sagen, daß MOHI eine Institution ist, die für unser Sozialwesen sehr wesentl. geworden ist. Es war schwierig, dort das wirtschaftl. Denken etwas einkehren zu lassen. Wir wissen, daß unsere FA f. Kontrolle und Revision sehr viel Arbeit mit diesem Verein hatte. Diese Arbeit hat aber zu einer Art Anleitung geführt, wie man das ganze wieder in den Griff bekommt.

Nachdem das bereits eine beschlossene Sache ist, darf ich

darüber auch berichten. Es wurde auch im Prüfungsausschuß wohlwollend zur Kenntnis genommen, was diese FA hier an Leistung erbracht hat.

Sicher gehört viel Idealismus zur Tätigkeit dieser Leute - das muß man anerkennen. Es sind auch einige Fehlleistungen geschehen, das ist überall so - wo gehobelt wird, fliegen Späne! Man hat Personal dort eingesetzt, wo es nicht paßt. Man hat auch Ausländer - Ausländerinnen insbes. - dort eingesetzt, wo sie sich nicht verständlich machen konnten. Dies ist natürl. gerade bei älteren Personen bes. schlecht angekommen.

Auf der anderen Seite kennen wir die Situation, daß man auch kein geeignetes inländisches Personal findet. Man muß sagen, die Leute vom MOHI bemühen sich außerordentlich. Sie haben jetzt - hoffen wir - auch gelernt, wie man das ganze wirtschaftlich aufzieht, sodaß wir guten Mutes diesem Antrag zustimmen können.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Schlußwort? Die Frau Ref. verzichtet auf ein Schlußwort, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um eine Änderung des Wirksamkeits-Zeitpunktes für die Wertsicherung bei den Gebühren für den Besuch der städt. Kindergärten und Horte. Der Antrag des StS an den GR lautet:

11) JW-4323/92

Gebühren für den Besuch d. städt. Kindergärten, Tagesstätten u. Horte; Wertsicherung; Änderung des Wirksamkeitszeitpunktes.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB V v. 25. 5. 1994, betreffend die Gebühren f. den Besuch der städt. Kindergärten, Tagesstätten u. Horte, wird die bisher gültige Tarifordnung, zuletzt reguliert mit Beschluß des GR v. 3. 7. 1992, in dessen Punkt 2 (Wertsicherung) wie folgt geändert:

Sowohl das monatl. beitragspflichtige Einkommen der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten als auch die Elternbeiträge (Tarife) gemäß Punkt 1) des GR-Beschlusses v. 3. 7. 1992, betreffend die Gebühren für den Besuch der städt. Kindergärten, Tagesstätten und Horte sind auf der Basis des Verbraucherpreisindex des Österr. Stat. Zentralamtes oder eines allenfalls an seine Stelle tretenden Indexwert gesichert. Als Bezugsgröße dient die jeweils für den Monat März veröffentlichte Indexzahl, die jedoch jeweils erst ab 1.

September eines Jahres (Beginn des Kindergartenjahres) wirksam wird.

Diese Wertsicherungsklausel wird ab 1. 9. 1995 wirksam. Die nächste Wertanpassung entspr. dieser Wertsicherungsklausel erfolgt also mit 1. 9. 1995; als Bezugsgröße dient in diesem Fall die für März 1995 veröffentlichte Indexzahl.

Mit diesem Beschluß tritt die Bestimmung über die Wertsicherung, die in Pkt. 2 des GR-Beschlusses v. 3. 7. 1992, betreffend die Gebühren für den Besuch der städt. Kindergärten, Tagesstätten und Horte enthalten ist, außer Kraft.

Im übrigen bleiben die Bestimmungen, betreffend die Gebühren für den Besuch der städt. Kindergärten, Tagesstätten und Horte, unverändert in Gültigkeit.

Ich ersuche Sie, dieser Änderung die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall, wir stimmen ab. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit berichten, daß uns eine Untersuchung der Oö. LR über die Kindergarten- und Kinderbetreuungs-Situation in Steyr ein

ausgezeichnetes Zeugnis ausstellt; daß nahezu keine Wünsche offen bleiben - ganz wenige zusätzl. Kindergartenplätze werden gefordert; einige meinen, wir hätten Krabbelstuben notwendig. Aber im großen und ganzen haben wir es hier mit einer sehr guten Betreuungs-Situation zu tun. Das ist das eine.

Zum anderen möchte ich sagen, daß gerade in der Landeshauptstadt Linz eine kräftige Gebührenerhöhung bei Kindergärten stattgefunden hat. Und zwar zahlen hier die oberen Einkommens-Kategorien bei den Eltern bis zu 50 % mehr als bei uns. Die Betreuung ist also nicht nur gut, sondern auch bes. billig! Das wollte ich dazu noch gesagt haben.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Ich kann das nur unterstreichen. Vor allem gelobt werden die Öffnungszeiten in unseren städt. Einrichtungen. Denn in sehr vielen Städten sind die Kindergärten nur bis mittag geöffnet. Hier haben wir uns wirklich den Wünschen der Eltern sehr angepaßt! Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt weist ja auch auf diese freundliche Haltung der Stadt hin.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem vierten und letzten Antrag ersuche ich Sie um Freigabe von 1 Mill. S als Teilbetrag für die Sanierung des Caritas-Kindergartens Wieserfeldplatz. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

12) Ha-3957/92

Stadtpfarre St. Michael; Sanierung des Caritas-Kindergartens Wieserfeldpl.; Subvention 3. Jahresrate.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. MA V v. 13. 7. 1992 wird der Pfarre St. Michael, 4400 Steyr, Michaelerplatz 1, zu den Gesamtsanierungskosten für den Kindergarten Wieserfeldplatz in Höhe von S 9,854.000,-- eine Subvention in Höhe von

S 3,000.000,--

- auszahlbar in 3 Jahresraten à 1 Mill. - jeweils in den Budgetjahren 1992, 1993 und 1994 gewährt.

Für die Auszahlung des Teilbetrages für das Budgetjahr 1994 wird bei der VASSt 5/2400/777000.0 eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,000.000,--

bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall - wir stimmen ab. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Enthaltun-

gen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Fr. Kollegin Ehrenhuber. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR Eichhübl - ich erteile ihm das Wort für seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STR.

ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Zum Zwecke der Reinhaltung der Wasserversorgung wurde von den Stadtwerken der Stadt Steyr ein Betrag von insgesamt S 633.289,82 im Jahr 1993 ausgegeben. Dieser Betrag setzt sich im wesentlichen zusammen aus den Rechnungen für die regelmäßige Untersuchung unseres Trinkwassers, die ja gesetzlich vorgeschrieben ist - S 331.090,--. Ein weiterer größerer Betrag, den ich hier anführen darf, betrifft die Kunstdünger-Entschädigung im Schutzgebiet Dietach in der Höhe von S 172.535,45. Im übrigen sind alle Beträge im Amtsbericht genau aufgelistet, daher darf ich zum Antragstext kommen. Antrag des StS an den GR:

13) Stadtw.-22/94

Reinhaltung d. Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1993.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. Dir. der Stadtwerke Steyr v. 2. 5. 1994 wird der Refundierung der Kosten zum Zwecke der Reinhaltung der Wasserversorgung

für das Jahr 1993 in der Höhe von

S 633.300,--
an die Stadtwerke Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 633.300,-- bei VASSt 1/8790/728000.7 freigegeben.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, jetzt die Diskussion bzw. die Abstimmung über meinen vorgebrachten Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Nicht der Fall.

Ich möchte nur bemerken, daß wir das Wasser reinhalten wollen, nicht die Wasserversorgung. Das ist nicht unbedingt von einem Deutsch-Professor verfaßt worden.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ja, das ist richtig. An sich sind die Anlagen gemeint. Das könnte man mehr ins Schriftdeutsch bringen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Dann müßte es heißen: ... der Wasserversorgungsanlagen. Aber soweit ich weiß, lassen wir ja das Wasser untersuchen und wollen es auch reinhalten!

Das war ja auch nur eine Bemerkung von mir!

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im Amtsbericht stehen bei der vorletzten Position S 145,45. Was hat man denn beim Halbart-schlager gekauft?

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das waren Bäume für die Aufforstung. Ich weiß die Stückzahl nicht auswendig, aber ich glaube, 6 oder 8 Schilling kostet einer.

Gelächter

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das ist aber kein Problem, ich kann mir die Unterlagen holen. Ein Baum kostet jedenfalls 6 oder 8 Schilling. Koll. Straßer denkt natürl. anders, weil er im Wald nur die großen Bäume sieht! Hier waren es aber kleine.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nach dieser humoristischen Einlage möchte ich zur Abstimmung kommen. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

So hindert mich nichts daran, Ihnen den zweiten Antrag vorzutragen - im Zusammenhang der Baumaßnahmen für den Neubau der Wiesenbergbrücke und der Großen Fallenbrücke sind umfangreiche Gas- und Wasser-

baumaßnahmen erforderlich. Ich erspare mir - weil ich glaube, daß Sie alle den Amtsbericht kennen - eine weitere Zitierung und darf zum Antrag selbst kommen. Der Antrag des StS an den GR lautet:

14) Stadtw.-33/94

Neubau Wiesenbergbrücke u. Große Fallenbrücke; baubedingte Erneuerung der Erdgas- u. Trinkwasserleitungen.

Der GR möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes d. Dir. der Stadtwerke v. 30. Mai 1994 wird im Zusammenhang mit dem Neubau der Wiesenbergbrücke und Große Fallenbrücke nachstehenden Auftragsvergaben für die baubedingte Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserleitungen zugestimmt:

a) Tiefbauleistungen Wiesenbergbrücke: Firma Ferro-Betonit-Werke AG, Linz: S 418.700,-- (exkl. USt)

b) Tiefbauleistungen Große Fallenbrücke: ARGE Große Fallenbrücke: S 73.000,-- (exkl. USt)

c) Ankauf Sphärogußrohre für Erdgasversorgung: Fa. Kontinentale HG, Wels: S 156.780,-- (exkl. USt)

d) Ankauf der Brückenschieber: Fa. IMPEX, Steyr: S 11.856,-- (exkl. USt)

e) Ankauf Sphärogußrohre für Trinkwasserversorgung: Fa. Kontinentale, Wels: S 128.564,-- (exkl. USt)

f) Ankauf der Armaturen für Trinkwasserversorgung: Fa. Höl-

ler Eisen, Gmunden: S 28.105,-- (exkl. USt)

Die Finanzierung d. Gasleitungsbauarbeiten (ca. S 415.000,-- exkl. USt) soll aus Mitteln des Sparkassenfonds erfolgen. Die Wasserleitungsbauarbeiten sind aus den Mitteln der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk zu erbringen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Erdgasversorgung sollen im Siedlungsbereich Waldrandsiedlung im 2. Bauabschnitt Versorgungsleitungen in der Tulpengasse, Narzissengasse, Enzianweg, Asterngasse, Edelweißgasse, Almrauschweg, Veilchengasse, Unterwaldstraße, Sichlraderstraße, Brandgraben, Neustiftgasse, Plattnerstraße und Ramingstraße verlegt werden. Zur Vermeidung von Wiederaufgrabungs-Arbeiten sollen in der Nelkengasse, Narzissengasse, Liliengasse und Unterwaldstraße die bestehenden Trinkwasserleitungen, die dort bereits etwa 40 Jahre in Betrieb sind und wo

schon Rohrschäden aufgetreten sind in letzter Zeit, erneuert werden.

Der entspr. Antrag lautet:

15) Stadtw.-36/94

Erdgasaufschließung Wald-
randsiedl., 2. Teil; Erneue-
rung v. Trinkwasserleitun-
gen.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. Dir. der Stadtwerke v. 14. Juni 1994 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung, 2. Teil, sowie der Erneuerung von Trinkwasserleitungen nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1) Tiefbauarbeiten für Gasleitungs-
bau: Fa. Hamberger Bau-
gesmbH, Steyr; Investitionsvol-
umen 1994: S 2,386.280,-- (exkl.
USt)

2) Tiefbauarbeiten für Wasser-
leitungsbau: Fa. Hamberger Bau-
gesmbH, Steyr: S 56.600,-- (exkl.
USt)

3) Ankauf der Sphärogußrohre
und Formstücke für Gasleitungs-
bau: Fa. Kontinentale HG, Wels: S
982.491,-- (exkl. USt)

4) Ankauf der Trinkwasserrohre
und Armaturen f. Wasserlei-
tungsbau: Fa. Höller-Eisen,
Oberweis: S 42.000,-- (exkl. USt)

5) Rohrtransport Gasleitungs-
rohre: Städt. Wi-Hof: S 5.000,--
(exkl. USt)

Die erforderlichen Mittel für den Wasserleitungsbau sind von den Stadtwerken Steyr aufzubringen. Die benötigten Mittel für den Gasleitungsbau werden vorerst

über einen bei der Bank Austria - Länderbank laufenden Konto-korrentkredit finanziert werden. Nach Vorlage der Endabrechnung für das Bauvorhaben werden die getätigten Investitionsmaßnahmen entspr. eines Beschlusses des Vergabegremiums vom 5. 5. d. J. aus Mitteln des Sparkassenfonds Steyr als zinsenloses Darlehen finanziert.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Hr. Koll. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des GR! Das sind ja glückliche Menschen in der Waldrandsiedlung. Denn sie sind dem radikalen "Sparstift" unseres Hrn. Finanz-StR Zagler noch nicht zum Opfer gefallen. Ein Sparkurs, der meiner Meinung nach wirklich vollkommen auf der verkehrten Seite angesetzt wird. Das ist nämlich eines der wenigen Dinge, die hier beim Magistrat auch von der Einnahmen-Seite her etwas bringen würden - hier wird wenig bis gar kein Geld zur Verfügung gestellt, um Investitionen vornehmen zu können. Hier werden ca. 40 Ansuchen auf- bzw. angeschlossen in der Waldrandsiedlung. Es gibt z. B. auch ein Ansuchen im Stadtzentrum, am Ortskai. Die gesamte Fischergasse hat beispielsweise

mit einer Unterschriftenliste um Anschluß gebeten. Das war nicht möglich, weil keine Mittel vorhanden waren. Dort liegen also auch Ansuchen in ungefähr dieser Höhe vor. Weil keine Mittel im Budget für Investitionen vorgesehen sind, können diese Menschen keinen Erdgasanschluß erhalten. Umso verwunderlicher und bedenklicher ist, daß gerade Sozialdemokraten offensichtlich eine derartige Politik der "Besserverdiener" verfolgen; inzwischen hat sich nämlich herausgestellt, daß Einzelanschlüsse, die selbst bezahlt werden, sehr wohl durchgeführt werden können. Aber Leuten mit niedrigem Einkommen oder Pensionisten ist das nicht möglich.

Das ist meiner Meinung nach eine doch eigenartige Politik, zumal es sich hier unten um Bewohner der Stadt handelt, die sowieso etwas benachteiligt sind. Denn aufgrund des Einflusses des Hochwassers in diesem Gebiet ist es dort fast nicht möglich, feste Brennstoffe zu lagern, und außerdem ist auch die Installierung von Öltanks problematisch bzw. verboten.

Für mich ist es vollkommen unverständlich, daß man gerade auf diesem Sektor keine Geldmittel zur Verfügung stellt, um das erstens umweltfreundliche und auch von der Anwendung her sehr einfache Erdgas der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Wenn Koll. Payrleithner Schaugeschichten über den Finanzreferenten erzählt, muß ich wohl oder übel das Wort ergreifen, sehr geschätzte Damen und Herren. Bei jedem Unternehmen - auch bei einem öffentl. - gibt es nicht nur, wie beim öffentl., den Versorgungsauftrag, sondern auch den Auftrag der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und der Zweckmäßigkeit. Dir, lieber Koll. Payrleithner, dürfte entgangen sein, daß diese Projekte, die Du genannt hast, von der Wirtschaftlichkeit weit entfernt sind. Wir haben für manche dieser Projekte, die im Investitionsplan, der auch beim Budget, bei der Budgeterstellung abgelehnt wurde, inzwischen Amortisations-Rechnungen angestellt, wo die ersten Erträge bei gleichbleibenden Erträgen aus der Erdgas-Versorgung weit später als nach 20 Jahren einmal kommen werden.

Vielleicht wirst Du heute noch einmal die Gelegenheit haben, beim Rechnungsabschluß, die finanzielle Situation der Stadt vor Augen geführt zu bekommen; auch die Forderungen in anderen Bereichen, die heute in der Sitzung schon durchaus berechtigterweise ausgesprochen wurden - gerade, wenn ich an die

Probleme bei der Versorgung der alten Menschen denke, an dringend notwendige Bauwerke im Altenheimbau. Hier kann man als Gemeinde nicht in Vorlage treten, wenn sich etwas vielleicht in Jahrzehnten rechnet.

Wenn heute diese Entscheidung bei nicht wirtschaftl. Projekten getroffen werden soll, und dazu zählt auch das Projekt, wo Frau Dr. Payrleithner mitbetroffen ist, wenn sich also dort eine Wirtschaftlichkeit nicht rechnet, dann gibt es immer noch die Frage einer pol. Entscheidung, ob man dafür Geld hernimmt, das ja klarerweise von anderswo wieder wegkommt.

Ich bin schon sehr verwundert über Deine Fraktion. Da hast Du einen Kulturreferenten drinnen, der uns über die Zeitung mitteilen läßt, daß er so gute Kulturpolitik machen könnte, wenn man ihn nur ließe und ihm Geld dafür geben würde. Ihr solltet auch einmal interfraktionell abklären, wer verzichtet, um nicht wirtschaftl. Projekte durchzuführen.

Gelächter aufgrund einer Handbewegung von Vbgm. Dr. L. Pfeil

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Nicht wirtschaftl. Projekte insofern durchzuführen, wenn hier nicht ein anderer Grund zum Auftrag besteht.

Von wegen der Krabbel- und Kinderstube. Ich glaube, es ist heute wirklich für alle heiß, aber

Deine Handbewegungen, lieber Hr. Dr. Pfeil, sparst Du Dir besser. Du wirst ja nächste Woche wieder über die Steyrer Zeitung und über andere Medien mit uns verkehren. Vielleicht kannst Du das dort schreiben.

Auf jeden Fall steht folgender Sachverhalt fest: Die Wirtschaftlichkeit kann auch bei einem öffentl. Unternehmen nicht außer Ansatz bleiben! Das ist keine "Spitzfindigkeit" des Finanzreferenten, das ist die Tatsache, mit der wir leben müssen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort hat sich Hr. Vbgm. Dr. Pfeil gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Plötzlich die Ernsthaftigkeit unseres Finanzreferenten - wo er doch beim Sozialen sehr lustig war! Ich verstehe das nicht ganz. Wenn es ums Geld geht, wird er plötzlich ganz ernst und versteht überhaupt keinen Spaß.

Aber ich verstehe hier auch keinen Spaß! Wenn ein Prof. Breitling in einer öffentl. Diskussion sagt, was die Stadt Steyr braucht ist Kultur, Kultur und noch einmal Kultur, dann kann man nicht hergehen - vom Finanzreferenten - und sagen, ihr müßt Kultur streichen, streichen, streichen! Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:
Das hat er ja nicht gesagt!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber getan hat er es!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Nicht mehr der Fall. Ich bitte um das Schlußwort des Referenten; er wird das jetzt alles aufklären.

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:
Meine Damen und Herren des GR! Koll. Payrleithner hat wirklich genau das angesprochen, was mich als Referent beinahe tagtäglich berührt und mit dem ich konfrontiert werde - nämlich Erdgasaufschliebung. Im speziellen hat er vom Bereich Fischergasse gesprochen. Ich werde konfrontiert aus Bereichen, wie z. B: Lortzingstraße, Dachbergweg - um nur einige zu nennen. Ich muß schon sagen, daß ich immer wieder bemerke, daß die Bevölkerung kein Verständnis dafür hat, wenn sie bereit ist, für Erdgas-Aufschliebungen ihren Beitrag zu leisten, daß sie einfach aus finanziellen Gründen, aus Sicht des Finanzreferenten, einen Erdgas-Anschluß nicht erhalten können. Es ist natürl. schwierig, eine Rentabilitäts-Berechnung anzuführen, wenn man das mit den Augen des Finanzreferenten betrachtet - oder nur aus der

eingeschränkten Sichtweise des Finanzreferenten betrachtet. Da müßte man auch die Stromversorgung einstellen. Denn wenn ein Haus ein bißchen weiter weg steht, hat er eben Pech gehabt und bekommt nie einen Strom. So kann es doch nicht sein! Ich glaube, daß es wirklich notwendig ist, im Zusammenhang mit der Erstellung des nächsten Budgets, sich ernsthaft Gedanken zu machen, daß man im Bereich der Erdgasaufschliebungen den Wünschen der Bevölkerung nachkommt. Das ist ja nicht nur zugunsten desjenigen, der einen Erdgas-Anschluß wünscht, sondern es werden ja auch Rückflüsse erwartet, welche auch eintreten - wir leisten einen Beitrag zum Umweltschutz! Das sollte ja auch nicht vergessen werden.

Es kann nicht nur alleine die momentane Rentabilitätsberechnung entscheidend sein, ob jemand einen Erdgas-Anschluß bekommt oder nicht.

Koll. Zagler, ich habe schon Verständnis dafür, daß man darüber reden kann, in welcher Größenordnung man in diesem Bereich weitere Erdgasaufschliebungen finanziert oder Finanzmittel zur Verfügung stellt. Aber wenn ich mir vorstelle, daß von den Stadtwerken und von mir als Referent rechtzeitig ein Investitionsplan von 15,5 Mill. S vorgelegt wurde, und dann schaut unter dem Strich null heraus, dann fehlt mir auch jedes

Verständnis - so wie Teilen der Bevölkerung, die gerne einen Erdgasanschluß hätten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Vielleicht erläutere ich dieses Problem auch noch aus meiner Sicht ein wenig. Denn eine solche Diskussion ausschließlich auf dem Rücken des Finanzreferenten zu führen, halte ich auch nicht für zielführend. In jedem Betrieb wird man sich einmal überlegen müssen, welche Investitionen man sich leisten kann. Wenn wir schon einen Verbund haben, dann muß man natürl. die Gesamtergebnisse dieses Unternehmens "Stadtwerke" betrachten - die sind ja leider nicht so rosig! Wir können nicht nur den Teilbetrieb sehen,

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Da müssen wir das Stadtbad zusperren und den Eislaufplatz!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Moment! Jetzt habe ich Dir so schön zugehört, sei bitte so nett und höre mir auch ein bißchen zu!

Wir stellen fest, daß wir auch gewaltige Probleme im Bereich der Verkehrsbetriebe haben - die wachsen uns noch über den Kopf! Daher ist das nicht so einfach. Der Finanzreferent hat in seiner Verantwortung eben die "Gesamtschau" zu betrachten -

nicht nur das Detail. Darauf kommt es letzten Endes an!

Was natürl. hier die konkreten Projekte, die angesprochen wurden, anbelangt, dann ist es doch logisch, wenn man investiert, daß man zunächst dort investiert, wo die meisten Anschlußwerber vorhanden sind. Daß man also zunächst ein ganzes Siedlungsgebiet anschließt, erst später dann die kleineren Bereiche und zum Schluß die Streusiedler. So ist das! Zu dieser Philosophie bekennen wir uns. Und wir haben versprochen, die Wald-randsiedlung wird angeschlossen - das geschieht auch!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ist aber NULL budgetiert worden!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Moment! Das hat ja mit dem gar nichts zu tun. Wir haben es trotzdem versprochen! Hier hat es intensive Finanzverhandlungen gegeben - bei denen hast Du auch keine so glückliche Rolle gespielt!

Ich möchte nur festhalten, daß mir die Fischergasse sehr genau bekannt ist. Man wird sich auch mit dieser Materie beschäftigen müssen. Das Problem dort ist nicht so, wie Du es dargestellt hast, lieber Freund Payrleithner. Es ist schon so, daß sich ein paar direkt anschließen haben lassen - aber von der Schlüsselhofgasse aus. Weil wir dort mit dem Gas

sind, haben sich einige durch ihre Gärten direkt anschließen lassen. Es geht allerdings nicht, über diesen kurzen Weg die Fischergasse anzuschließen. Hier brauchen wir ein größeres Investitionsvolumen, und hier sind die Stadtwerke-Direktoren der Meinung gewesen, daß es gemeinsam mit den ganzen anderen Leitungsträgern abgehandelt werden soll.

Es ist nicht so, daß irgendwelche Anschlußwerber dort keinen Anschluß bekommen sollen - schon aus dem Grund, weil sich die Anrainer direkt im Hochwasserbereich wirklich keine Ölvorräte lagern können; außerdem ergibt sich hier auch ein Problem von der Umweltschutzseite her. Und aus diesen Gründen müssen wir - ich trete auch dafür ein und habe es den Stadtwerken mitgeteilt - eine gewisse Priorität sehen. Heuer können wir es nicht noch zusätzl. hineinbringen. Und die Waldsiedlung mit der Fischergasse zu verquicken, halte ich für ein bißchen demagogisch.

Eines nach dem anderen - bitte! Ich bitte auch um Verständnis für die wirtschaftl. Gest. die wir ebenfalls pflegen müssen in einem Wirtschaftsbetrieb. Da hat eben auch der Finanzreferent etwas "mitzuplaudern" - außerdem hat er hier auch Verantwortung zu tragen. Ich möchte Sie ersuchen, dies zu berücksichtigen.

Stimmen wir jetzt ab, es werden wahrscheinlich alle dafür sein.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein entspr. Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Einstimmig angenommen.

GR BRIGITTE LOHNECKER TRIFFT UM 15.45 UHR EIN.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Dann darf ich zu meinem letzten Antrag kommen, der ein anderes Thema behandelt - nämlich die Realisierung des Oö. Verkehrsverbundes. Wie Sie, meine Damen und Herren, aus dem Amtsbericht ersehen konnten, ist es in diesem Zusammenhang notwendig, eine System-Einheitlichkeit herbeizuführen, was die Fahrscheinausgabe- und Fahrscheinbewertungsgeräte betrifft.

Ich darf der Ordnung halber mitteilen, daß die alten Geräte - obwohl sie noch nicht so alt sind - bereits finanziert wurden und daher von dieser Seite eher keine Bedenken vorhanden sein könnten.

Dieser Antrag ist deswegen mit Dringlichkeit bedacht worden, weil mit Schreiben v. 30. 5. das Amt der Oö. LR mitgeteilt hat, daß, um eine Einheitlichkeit zu gewährleisten, diese Bewertungsgeräte und die Geräte, die ich vorhin genannt habe, die Unternehmen, die öffentl. Verkehrsmittel betreiben, vorerst ankaufen bzw. die Finanzierung durchführen und dann diese Beträge wieder refundiert wer-

den. Nun darf ich Ihnen folgenden Antrag vortragen:

16) VerkR-7688/85

Städt. Verkehrsbetrieb; Einbindung in d. Oö. Verkehrsverbund; Bestellung d. Fahrscheinausgabegeräte u. Entwertungsgeräte f. den Verkehrsbetrieb d. Stadt Steyr.

Der GR möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung v. 10. Juni 1994, womit wegen Dringlichkeit gem. § 49 Abs. 7 des Statutes f. die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt:

"Mit Schreiben v. 7. Juni 1994 berichteten die Stadtwerke Steyr an die Magistratsdirektion, daß für die tarifliche Abwicklung der Fahrscheinausgabe und Fahrscheinentwertung im Oö. Verkehrsverbund, in dem die Installation eines Flächenzonentarifes vorgesehen ist, wegen der System-Einheitlichkeit beim Verkehrsbetrieb die bisher eingesetzten Fahrscheinausgabe- und Fahrscheinentwertungsgeräte ausgetauscht werden müssen.

Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die dadurch zu erwartenden Kosten in Höhe von 3,511.168,-- Schilling (ohne USt) vom Land Oö. und vom Bundesministerium für Verkehr zur Gänze übernommen werden, dafür jedoch die sofortige Bestellung der techn. Gerätschaften und die firmenmäßige Zeichnung der diesbezüglich erforderlichen Förderungserklärung notwendig ist.

Wegen Dringlichkeit gem. § 49 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr wird entspr. dem Bericht der Dir. der Stadtwerke v. 7. Juni 1994 der Gerätebestellung bei der Fa. Bilexa AG zum Preis von S 2,531.168,-- (ohne USt) und bei der Fa. Ascom Autelca AG zum Preis von S 980.000,-- (ohne USt) zugestimmt.

Die im Jahr 1995 fällig werdenden Gesamtkosten von S 3,511.168,-- (ohne USt) werden vom Land Oö. und vom Bund im Förderungsweg getragen."

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr. Koll. GR Straßer gemeldet. Ich erteile es ihm und übergebe den Vorsitz an Vbgm. Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz.

GEMEINDERAT

FRANZ STRASSER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Unsere Städt. Verkehrsbetriebe haben wieder einmal gezeigt, wie man auch den "letzten" Bürgern das Autofahren abgewöhnen kann. Es geht nämlich um die "Linie 10", das war früher Steinwändweg - Rottenbrunner. Mir ist bekannt, daß diese Linie nicht sehr stark frequentiert war - das ist richtig. Daraufhin, glaube ich, hat sich der Kommunalausschuß damit befaßt und eine Taktverringerung auf eineinhalb

Stunden beschlossen. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen! Das sieht man einfach ein, wenn der Bus stündlich nicht ausgelastet ist, daß man nur alle eineinhalb Stunden fährt.

Was hat man gemacht? Man hat auf eineinhalb Stunden verlängert, und von 10 bis 14 Uhr wurde er überhaupt eingestellt. Ich frage mich wirklich, welchen Sinn das hat, wenn man Beschlüsse faßt, und selbständig wird irgendetwas anderes gemacht.

Auf die Schulkinder hat man komplett vergessen! Das war nämlich auch ein Schulbus. Die Kinder konnten zwar in der Früh zur Schule fahren, aber mittags konnte kein Mensch mehr nach Hause fahren. Es gab auch keine Reserve-Linie, weil die Firma Auer die Linie nicht mehr gefahren ist - sie brauchten sie nicht, weil ja dieser Bus gefahren ist. Das alles hat am 1. Juni begonnen - 4 Wochen vor Schluß! Keiner war informiert, einmal ist etwas in der Zeitung gestanden. Ich habe daraufhin den Hrn. StR angerufen, und er hat gesagt, daß ein Fahrplan ausgeschickt wird. Drei Tage vorher ist dieser Fahrplan gekommen - die Leute haben wirklich nicht gewußt, was sie tun sollen, wie die Kinder nach Hause kommen! Die meisten mußten privat abgeholt werden. Wenn beispielsweise eine Hausfrau in die Stadt fahren und etwas kaufen will: die meisten Geschäfte öffnen erst um 9 Uhr -

um 10 Uhr muß sie schon wieder nach Hause fahren, weil der letzte Bus fährt - der nächste geht erst wieder um 14 Uhr. Sie muß also mit dem Auto fahren, sie hat keine andere Chance.

Genauso ist es, wenn jemand berufstätig ist: abends geht der letzte Bus um 17 Uhr, sonst keiner mehr! Dachsbergsiedlung, Feldstraße - die können nicht mehr mit dem Bus fahren.

Wenn das unsere Verkehrspolitik ist, damit wir die Leute zum Umsteigen bewegen, dann, meine Herren, ist es verkehrt! Aber vielleicht haben wir noch eine Chance, das wieder zu reparieren, denn ich glaube, daß noch eine Sitzung des Kommunalausschusses stattfindet. Da sollte man sich noch einmal damit befassen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Nächster ist Hr. StR Zagler!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Dem, was Koll. Straßer gesagt hat, ist an und für sich nichts hinzuzufügen. Es ist ein blanker Hohn, einen Takt so auszudünnen, daß zw. 10 und 14 Uhr kein Bus mehr fährt. Ich muß dazu sagen, daß ich persönl. auch in diesem Kommunalausschuß sitze. Mir ist es in der Fahrplangestaltung, beim Fahrplanlesen nicht ins Auge gefallen. Ich weiß nicht, wie intensiv andere das lesen. Aber zumind. die Geschäftsführung sollte, wenn sie

solche Fahrpläne vorlegt, wenigstens darauf hinweisen, was da auf uns als Beschlußgremium zukommt.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Das ist auch im Ausschuß nicht so beschlossen worden! Das ist eine Eigenmächtigkeit der Verkehrsbetriebe!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Eben! Gut, danke! Was mich in diesem Sachverhalt auch ein bißchen befremdet, ist die Zusammenarbeit mit dem stadträt. Referenten und den beiden Geschäftsführern der Stadtwerke - in diesem Fall des Verkehrsbetriebes -, die hier scheinbar gestört sein muß, wenn solche Ergebnisse herauskommen. Das gefällt mir nicht!

Genauso ist ein gestörtes Verhältnis abzuleiten und erkennbar, wenn ich daran denke, daß wir heute beim vorletzten TOP noch zur Kenntnis nehmen werden, daß der Verkehrsbetrieb 1993 einen Verlust von 29,961.710,06 Millionen S ausgewiesen hat, daß man hier Fahrkarten-Ausgabeautomaten, die ja noch gar nicht so alt, technisch fertig und endgültig abgeschrieben sind, schon wieder ersetzen muß, weil sie nicht dem entsprochen haben, was wir hier im GR damals durch Koll. StR Holub (damals Vbgm. Holub) immer wieder vorgetragen bekommen haben, daß das

nämlich nicht bündig sei und nicht passen würde.

Die Blau-Äugigkeit, ich möchte schon fast sagen die Ignoranz von Dir, Roman, ist himmelschreiend, das bei diesem Antrag ganz ruhig zu stellen, mit dem Bewußtsein, daß dies die Vorleistung für den demnächst beginnenden Verbund ist. Und im selben Augenblick, wo Du das Wort Verbund in den Mund nimmst, mußt Du wissen, daß die Verluste in ein gigantisches Ausmaß wachsen werden, was die Städt. Betriebe anlangt, weil der Abtarifizierungsverlust bei den bisherigen Tarifen ein gewaltiger ist, - weil wir es leider durch Deine Führung in diesem Bereich - weil es nicht gelingen kann, hier eine Tarifanpassung zustande zu bringen, das uns zumind. ähnlich stellt wie die Stadt Wels. Wir werden in Zukunft - deswegen melde ich mich hier, weil ich das gerne protokolliert haben will, daß man den Steyrern gegenüber das auch entsprechend sagen und begründen kann: Es ist dann so, daß die Stadt Steyr mit diesem Verlustersatz jeden, der von anderswo nach Steyr fährt, mit einem zusätzl. Steuergeschenk aus den Steyrer Steuermitteln sponsert, weil wir nicht in der Lage und auch nicht bereit sind, die Tarifffrage hier einer sinnvollen und einer kfm. nützlichen Regelung zuzuführen. Das ist das, was mich befremdet. Spätestens bei diesem Antrag, der aus dem Grund kommt, weil

der Bund vor der Tür steht, hätte eigentl. auch von Dir ein Vorstoß in diese Richtung gehört.

Ansonsten machst Du der Öffentlichkeit in Steyr bewußt, daß Du viele, viele Millionen aus dem Steuergeld der Stadt Steyr für auswärtige Besucher hier im Subventionswege zur Auszahlung bringst. Du bist von den Geschäftsführern der Stadtwerke informiert; auch Eure Fraktion ist über diesen Sachverhalt informiert. Das ist eben wirklich schon eine beklemmende Ignoranz auf der einen Seite, für die Gasbetriebe auch bei unrentablen Vorhaben Gelder aus der allg. Kasse herauszufordern, und auf der anderen Seite, beim Verkehrsbetrieb nicht eine Eindämmung der Verluste - gemeinsam mit dem GR, gemeinsam mit allen Fraktionen - über die Bühne zu bringen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht mehr der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ja, meine Damen und Herren des GR, es hat zwar abgekühlt, aber die Hitze scheint sich doch bemerkbar zu machen - bei dem, was Koll. Zagler gesagt hat. Ich erlaube mir schon, das einmal sehr deutlich zu sagen. Wenn er von einem gestörten Verhältnis und Ignoranz spricht, Koll. Zagler,

dann bitte ich Dich, in den Spiegel zu schauen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Das, was Koll. Straßer angeführt hat, ist durchaus richtig. Wir haben uns an sich im Ausschuß f. komm. Betriebe und Freizeiteinrichtungen beraten - im Hinblick darauf, daß eben die vom Koll. Zagler angeführten Verluste eine exorbitante Erhöhung erfahren haben, und eine Einsparung in der Richtung durchzuführen, daß man die Takte verändert. Davon sind wir ausgegangen. Und es ist richtig, daß dieser Bereich, den Du vorhin angezogen hast und über den wir bereits mehrmals dort unten vor Ort gesprochen haben, eine Beeinträchtigung in sich hat, daß sie sicherlich nicht dazu angetan sind, das öffentl. Verkehrsmittel in dem Ausmaß zu benützen, wie wir uns das alle vorstellen. Wir haben die Möglichkeit, am kommenden Montag, dem 11. 7., nochmals über das zu sprechen. Und ich glaube, da wird einiges klarzustellen sein. Mehr möchte ich dem heute nicht hinzufügen.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Da wird ein "Kasperltheater" daraus. Wenn der Ausschuß diesen Beschluß faßt, und es wird anders gemacht, dann wird der Ausschuß zum "Kasperltheater"!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wir werden sehr genau besprechen, wie die Vorgangsweise

war. Ich möchte das im Ausschuß machen, und ich werde dann auch dem GR darüber berichten. Und zwar werden wir über versch. Dinge reden müssen - auch über den Antrag, der vom Koll. Zagler eingebracht worden ist usw., um Klarheit zu schaffen, wie die Dinge gelaufen sind. Ich werde mich selbstverständlich zur Verfügung stellen, um dort reinen Tisch zu machen. Ich habe keine Bedenken; ich möchte heute gar nicht mehr dazu sagen, das werden wir am Montag machen. Ich hoffe, daß dann auch die Fraktion vom Koll. Zagler zahlreich bei diesem Ausschuß vertreten sein wird. Nicht wie das letzte Mal, daß nur ein Mann dort erscheint. Das möchte ich auch dazu bemerken.

Vielleicht noch eines, was den Verkehrsverbund betrifft - darum geht es ja heute. Ich hoffe, daß es mit 1. 1. 1995 zur Realisierung kommt. Die Zeichen dafür sehen eher schlecht aus. Erst heute nämlich - ich glaube, zur selben Stunde - tagt ein pol. Gremium und jew. ein Vertreter der zahlreichen Unterausschüsse, um hier eine Einigung zu finden. Es ist heute erstmals möglich gewesen, daß sich auch die Politiker mit den zuständigen Fachbeamten an einen Tisch gesetzt haben.

Was die Tarife und die Tarifierhebungen betrifft, wie Koll. Zagler gerade vorhin angeführt hat, wo er meint, daß ich als zuständiger Referent das unbedingt machen müßte. Da

möchte ich nur eines sagen: es steht nichts im Weg. Ihr seid nach wie vor 17, glaube ich, oder? Seid Ihr noch 17? Ja. Da könnt Ihr durchaus einen Anhebungsantrag stellen. Warum kommt das nicht von Eurer Seite? Die unangenehmen Dinge möchte man offensichtlich dem Ref. Eichhübl zuschieben. Auch noch etwas zu

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Du hast doch eine Verantwortung! Also bitte bekleide sie auch! Oder trete zurück und sag: "Ich kann's nicht"!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Da hätte der Finanzreferent schon längst seine Funktion zur Verfügung stellen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Beim Personal könntest Du gleich zurücktreten - nach der letzten Sitzung.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ja, was sich da abgespielt hat! Da wäre es wirklich angebracht, wenn Du heute nicht so großartig auftreten würdest vor der GR-Sitzung - wenn wir schon davon reden. Aber ich möchte nicht persönlich werden - das liegt mir nicht, ich möchte sachlich bleiben.

Wenn von den Tarifen gesprochen worden ist, Koll. Zagler,

dann steht dem ja nichts im Wege, daß Du - oder Deine Fraktion - einen Antrag einbringst. Dem steht nichts im Wege!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung und dann zu einer 15minütigen Pause. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen. Die Sitzung ist bis 16.15 Uhr unterbrochen.

PAUSE VON 15.58 BIS 16.15 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Der Bürgermeister wird etwas später kommen, er hat ein dringendes Gespräch bezügl. der FHS. Ich ersuche nun Hrn. StR Holub um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STR.

KARL HOLUB:

Mein erster Antrag betrifft das APT - die Erneuerung der Fensterkonstruktionen. Sie werden gebeten, 1 Mill. S zur Firmenvergabe lt. Liste freizugeben.

17) BauH-145/94

Alten- u. Pflegeheim Tabor; Erneuerung der Fen-

sterkonstruktionen.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau v. 15. 6. 1994 wird der Vergabe von nachstehenden Arbeiten wie folgt zugestimmt:

I/P Baumeisterarbeiten: Fa. Hamburger, Steyr: netto S 376.728,17

II/P Spenglerarbeiten: Fa. Wittner, Steyr: netto S 58.289,83

III Fensterlieferung: Fa. Niederleitner, Pöchlarn: netto S 537.486,29

IV Für div. Leistungen, die mittels Bestellschein beauftragt werden, sind Mittel in Höhe von netto S 27.500,-- bereitzustellen.

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von

S 1.000.000,--

bei VSt. 5/4200/010000.9 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand, also stimmen wir ab. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Zur Vermeidung von weiteren Gebäudeschäden ist es notwendig, eine Drainagierung, eine Vertikalisolierung und eine zusätzl. Entlüftung beim Altbau anzubringen. Und ich bitte um Freigabe von 160.000 S - in Form einer Kreditübertragung, die dadurch möglich wird, daß die Fenster, die wir vorhin beschlossen

haben, billiger sind als ursprüngl. angenommen.

18) Bau5-4177/86

Alten- u. Pflegeheim Tabor; Trockenlegung eines Kellerraumes.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau v. 15. 6. 1994 wird der Vergabe der Trockenlegung eines Kellerraumes im APT wie folgt zugestimmt:

Firma Illma, Steyr: netto - S 141.470,--

Für div. Leistungen, die mittels Bestellschein beauftragt werden, werden Mittel in der Höhe von netto S 18.530,-- genehmigt.

Zu diesem Zweck werden Mittel in der Höhe von

S 160.000,--

von VAST. 5/4200/010000.9 auf VAST. 5/4200/614000.9 durch Kreditübertragung bewilligt und freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Keine. Wenn Sie für den Antrag sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmigkeit.

Danke für den Vortrag. Ich erseuche Hrn. StR Ing. Schloßgangl um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STR.

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um die Stra-

ßeninstandhaltung 1994 - Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe. Der Antrag des StS an den GR lautet:

19) BauStr.-146/94

Straßeninstandhaltung '94; Vergabe der Arbeiten.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. GB III v. 26. Mai 1994 wird dem Umfang des Straßeninstandsetzungsprogrammes 1994 zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Ilbau BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 664.747,07 inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von S 487.400,-- inkl. MWSt. bei VAST. 1/6120/611000.9 und S 177.400,-- inkl. MWSt. bei VAST. 5/6120/00222.1 freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Keine. Wer stimmt diesem Antrag zu? Danke. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Ebenfalls keine. Einstimmig beschlossen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

20) BauStr.-147/94

Asphaltierungsprogramm '94; Vergabe der Arbeiten.

Der GR möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes d. GB III v. 30. Mai 1994 wird dem Umfang des Asphaltierungsprogrammes 1994 zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der hiefür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 2,031.859,16 inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von S 2,032.000,-- inkl. MWSt. bei VAST. 5/6120/002000.7 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wünscht jemand das Wort? Dies ist nicht der Fall, also stimmen wir ab. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Niemand. Enthaltungen? Keine. Einstimmigkeit.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

21) BauStr.-197/94
Belagsarbeiten auf der
B 122, km 32.320 - 32.670.

Der GR möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes d. GB III v. 6. Juni 1994 wird der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten auf der B 122, km 32.320 - 32.670 zwischen Fliesenmarkt (alte Wolferskreuzung) und Möbelhaus Leiner an die ARGE Ilbau - Zwettler Bauges-

mbH, beide Steyr, zum Anbotspreis von

S 1,444.451,32

inkl. MWSt. übertragen.

Die Finanzierung erfolgt von der Bundesstraßenverwaltung direkt an die bauausführende ARGE.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Es liegen keine Anfragen oder Wortmeldungen vor. Stimmen Sie diesem Antrag zu? Danke. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Ebenfalls keine. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

22) Bau6-8393/92

Abschluß eines Dienstbarkeitsvertrages m. d. Wohnungsanlagen GmbH Linz zur Errichtung des Pumpwerkes F samt dazugehöriger Kanalleitung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Privatrechtsangelegenheiten v. 7. Juni 1994 wird dem Abschluß eines Dienstbarkeitsvertrages mit der Wohnungsanlagen GesmbH Linz, 4026 Linz, Stadlerstraße 3, zur Errichtung und Erhaltung des Pumpwerkes F samt dazugehöriger Kanalleitung auf Grundstück 1509/2, KG Steyr, im Sinne des Amtsberichtes zugestimmt.

Weiters wird die Herabsetzung der Kanalanschlußgebühr vom Satz für Kanalneubaugebiet auf den Satz für Kanalaltbaugebiet für die im Eigentum der WAG Linz stehenden Wohnobjekte Direktionsstraße 1, 3, 5, 7, 7A, Kohlinger 1 - 8 und Wehrgrabengasse 41 - 43, zugestimmt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wünscht jemand das Wort dazu? Nicht der Fall, wir stimmen ab. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

23) Bau6-647/88

Kanalisation Tabor, 3. Bauabschnitt 1994/95; NK J, Q, M, N u. P; öffentliche Ausschreibung v. April 1994.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III v. 16. Juni 1994 werden zur Errichtung der Kanalisation Tabor, 3. Bauabschnitt, die Kanalbauarbeiten in Höhe von S 5,945.829,60 netto, die Straßenbauarbeiten in Höhe von S 762.229,44 brutto und die Straßenbeleuchtungsarbeiten in Höhe von S 115.724,16 brutto an die Fa. Kanzler, Waldhausen, vergeben.

Zu genannten Zwecken werden Mittel in Höhe von S 1,500.000,-- bei VASSt. 5/8110/050450.4 für

den Kanalbau, S 763.000,-- bei VASSt. 5/6120/002080.9 für den Straßenbau und S 116.000,-- bei VASSt. 5/8160/050000.2 für die Straßenbeleuchtung in Form einer Kreditübertragung aus VASSt. 5/6120/002080.9 freigegeben.

Die Freigabe der restl. Mittel bleibt einer späteren Beschlußfassung vorbehalten.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Auch keine - einstimmig beschlossen. Nächster Punkt.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft das Kommunalzentrum und lautet:

24) Bau5-201/93

Kommunalzentrum; 1. Baustufe; Adaptierung d. Bürogebäudes; Vergabe der Schlosserarbeiten.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. GB III/FA Hochbau v. 16. 6. 1994 wird der Vergabe der Schlosserarbeiten im Zusammenhang mit der Adaptierung des Bürogebäudes des Kommunalzentrums wie folgt zugestimmt:

A)P)1 Firma Loy, Regau - netto S 661.586,30

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von

S 662.000,--

bei VSt. 5/0290/010100.2 durch Kreditüberschreitung bewilligt und freigegeben.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht dazu das Wort? Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren d. GR! Ich darf vorausschicken, daß wir diesem vorliegenden Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben werden. Aber - nachdem sich heute die Gelegenheit ergibt - ich darf nochmals nachfragen, ob es inzwischen einen Finanzierungsplan bzw. einen Fertigstellungsplan für diesen Bereich gibt. Nachdem ja das bisher nicht genau vorgelegen ist, wobei ich aber anmerken möchte, daß natürl. ich als zuständiger Referent für die Stadtwerke im bes. daran interessiert bin, daß vor allen Dingen die Verkehrsbetriebe so rasch wie möglich dorthin übersiedeln.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Weitere Anfragen? Keine. Ich bitte um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Zum Finanzierungsplan will ich mich nicht äußern. Es ist vom Bgm. hier eine Kommission eingesetzt worden, die die Kostenvoranschläge und das ganze Projekt ausgearbeitet hat. Der Finanzierungsplan - nehme ich an - wurde mit dem Finanzreferenten erstellt. Mir persönl. ist er nicht bekannt. Wir haben einmal 11 Mill. S beschlossen für die Adaptierung des Verwaltungsgebäudes - also Kosten in Höhe von 11 Mill. S sollen hier herauskommen. Die Gesamtkosten - soviel ich noch in Erinnerung habe aus einem Gespräch - dürften sich auf 30 Millionen belaufen. Stimmt das?

Das wäre also eine Frage an den Bgm. oder an den Finanzreferenten. Sie sind beide nicht da; daher bitte ich um Verständnis, daß diese Frage nicht exakt beantwortet werden kann.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Es geht hier um die Vergabe der Schlosserarbeiten, die genau präzisiert und angeführt sind - und um sonst gar nichts. Das möchte ich einmal feststellen. Daher sind alle anderen Fragen bei anderen Punkten zu stellen und zu beantworten. Es geht hier rein um die Schlosserarbeiten.

Wer dem Antrag des Hrn. StR Ing. Schloßgangl zur Vergabe der Schlosserarbeiten zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Enthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Der nächste Antrag betrifft den weiteren Ausbau der Gußwerkstraße und lautet:

25) Bau3-7090/91

Weiterer Ausbau der Gußwerkstraße; Grundeinlösen v. d. Steyr-Daimler-Puch AG.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. FA für Privatrechtsangelegenheiten v. 14. Juni 1994 wird dem Abschluß eines Übereinkommens mit der Steyr-Daimler-Puch AG über die zum weiteren Ausbau der Gußwerkstraße notwendigen Grundinanspruchnahmen zu nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Die SDP AG tritt rund 5.282 m² zum Kaufpreis von S 120,-- je Quadratmeter an die Stadt ab und stellt zusätzl. rd. 737 m² ihrer Grundstücke während der Bauarbeiten unentgeltlich zur vorübergehenden Beanspruchung zur Verfügung. Die Kosten der Vermessung und der Grunderwerbsteuer gehen zu Lasten der Stadt. Ebenso ist nach Abschluß der Bauarbeiten der frühere Zustand auf den zur vorübergehenden Beanspruchung zur Verfügung gestellten Grund-

stücksteilen wiederum herzustellen.

Zur Zahlung von 80 % der geschätzten Grundeinlösen und der Grunderwerbsteuer wird bei der VA-Stelle 5/6120/002030.4 ein Betrag von S 530.000,-- freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer ist für diesen Antrag? Danke sehr. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall - einstimmig.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Der nächste Punkt betrifft die Kanalanschlußgebührenordnung und die Kanalbenützungsgebührenordnung - Novellierung zum 1. Juli 1994.

26) GemKan-102/94

Kanalanschlußgebührenordng., Kanalbenützungsgebührenordnung; Novellierung zum 1. 7. 1994.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. FA f. öffentl. Rechtsangelegenh. und Verfassungsdienst v. 20. Juni 1994 werden die Verordnungen (Beilage), betreffend die Änderung der Kanalanschlußgebührenordnung und der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. Juli 1994 in Kraft und ist durch

Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 Statut für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

(BEILAGE)

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Hr. StR Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Zwei Gründe sind es, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm., die mich veranlassen, zu diesem vorliegenden Antrag einige Anmerkungen zu machen.

Zum einen muß ich kritisieren, daß heute in Form eines Dringlichkeitsantrages ein doch sehr erheblicher Tarifantrag, und vor allen Dingen für die Bevölkerung spürbarer Tarifanhebungs-Antrag im Bereich der Abwasserbeseitigung über die Bühne gebracht werden soll.

D. h. also im Klartext, die Bevölkerung, aber auch dieser GR hier, muß zur Kenntnis nehmen und wird vor die Tatsache gestellt, daß rückwirkend mit 1. 7. der hier im Amtsbericht angeführte Tarif für die Bereiche Anschluß und Kanalbenützung bereits zum Tragen gekommen ist.

Ich glaube, daß es durchaus möglich gewesen wäre, einen ordentl. Antrag einzubringen - zeitgerecht wäre es möglich gewesen, daß man von Amts wegen diese Dinge vorbereitet hätte. Denn auch ich war in der sehr unangenehmen Lage - so wie jetzt Koll. Schloßgagl -, daß ich als zuständiger Referent für die Wasserwerke einen Antrag im komm. Ausschuß vortragen und ihn schlußendlich auch dem GR zur Beschlußfassung vorlegen mußte, der eine Tarifierhebung bei den Wasseranschlüssen beinhaltete - ebenfalls aus dem vorhin genannten Grund, nämlich aus Gründen des Erlasses der Oö. LR. Der Antrag wurde dann auch beschlossen. Das ist der eine Teil. Zum zweiten, glaube ich, ist es doch notwendig, daß man auf die eklatante Anhebung hinweist. Vor allen Dingen, was die künftigen Kanalanschlüsse betrifft. Ich glaube, da wäre auch Zeit gewesen für die Landespolitiker, die ja aus den Bereichen der ÖVP und SPÖ aus Steyr kommen, ein Wörtchen mitzureden.

Nicht zuletzt darf ich darauf hinweisen - um die zeitl. Abfolge etwas klarer darzulegen -, daß es bereits am 16. 5. 1994 eine Information an alle Bgm. und Mandatäre von LR Hans Achatz gegeben hat, die sicherlich auch alle erhalten haben. Er weist darin auf diese Problematik hin - im bes. auf die künftigen Anschlußgebühren, in welcher Größenordnung sie dann auch zur

Beschlußfassung im Oö. Landtag vorgelegen sind.

Ich glaube daher, meine Damen und Herren des GR, nachdem ich davon ausgehe - das habe ich auch bei meinem Antrag hier vor diesem GR gesagt -, daß man im Hinblick darauf, daß eben Förderungsmittel des Landes OÖ. in Abhängigkeit gebracht werden, eine gew. Mindesttarifeinhebung in den Gemeinden durchzuziehen, diesen vorliegenden Antrag zweiteilen müßte. Daß man nämlich eine Abstimmung durchführen sollte über die Kanalanschlußgebühren und in weiterer Folge - auch in getrennter Abstimmung - über die Kanalbenützungsgebühren.

Ich sage dies deshalb, weil wir von seiten der Freiheitl. Fraktion durchaus Verständnis dafür haben, aus den vorhin von mir angeführten Gründen; was allerdings den zweiten Teil betrifft - die Kanalbenützung.

Daher nochmals im Klartext: ich beantrage eine getrennte Abstimmung aus den vorher von mir genannten Gründen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Eine getrennte Abstimmung findet nicht statt, weil der Antrag auf gemeinsame Abstimmung lautet. Man kann nicht einerseits etwas anschaffen und dann gegen das Geld sein. So geht das auch beim RHV. Sie bombardieren uns mit Verordnungen und Erlässen und dann werden die Steyrer an 37. Stelle gereiht,

sodaß wir bei der Kommunal-kreditbank kein Geld bekommen. Nicht auf dem Rücken der Steyrer! Wenn wir uns ehrlich dazu bekennen, unsere Abwasseranlagen zu modernisieren, dann müssen wir auch schauen, daß Geld herkommt. Das hätte ich als Vorsitzender nicht sagen dürfen, aber es war mir ein Bedürfnis!

Wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte eine ganz kurze Anmerkung machen. Es ist von dieser Maßnahme im speziellen die Siedlung in Christkindl betroffen - oder wäre betroffen. Hier wird eine Ausnahmeregelung stattfinden; der Kanalanschluß soll ja dort bis Ende d. J. im wesentl. fertig sein. Es wird für alle, die dort anschließen, bis Ende Juni 1995 die alte Regelung gelten. Dann erst werden diese neuen Anschlußgebühren zur Anwendung kommen. Das wollte ich nur ergänzend sagen. Stimmt das, Hr. Mag. Golda, Juni 1995? Ja. Als Übergangslösung, sodaß jene, die schon angesucht und sich beworben haben, nicht nachträglich mit wesentl. höheren Kosten zu rechnen haben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

1996! Nach Fertigstellung aller Anschlüsse im Jahr 1996!

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, Entschuldigung! Ich habe 1995 gesagt. Ende 1995 soll es fertig sein und bis Mitte 1996 ist diese Übergangsfrist!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Zur Geschäftsordnung! Ich habe einen Antrag gestellt auf getrennte Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich bin kein GO-Spezialist. Dazu haben wir ja rechtskundige Beamte hier im Haus, aber es handelt sich um keinen Änderungsantrag, sondern es heißt nur "Antrag auf getrennte Abstimmung". So etwas halte ich hier nicht für richtig, nachdem es sich um einen gemeinsamen Antrag eines Antragstellers handelt. Außerdem ist die Verordnung der LR schon in Kraft.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist ohnehin egal was wir machen!

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Lassen wir doch bitte den Rechtskundigen Zeit, das zu eruieren. Der Hr. Magistratsdir. sieht schon nach, dann können wir das in RUHE über die Bühne bringen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Unser Hr. MD ist am Wort, ich bitte um Ruhe!

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Über GO-Anträge ist auch abzustimmen - ohne Debatte!

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Auch darüber, ob wir jetzt getrennt abstimmen oder nicht, oder? Das haben wir auch bisher so gehandhabt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Gut, ich revidiere meine Meinung und lasse lt. Statut abstimmen über den Antrag des Koll. Eichhübl.

Wer für diesen Antrag ist, daß wir also getrennt abstimmen, der soll seine Hand heben. Danke. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer ist dagegen? Der Rest (SP, VP, GAL). Das ist die Mehrheit - dieser Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen nun über den Hauptantrag ab - in der vorgegebenen Fassung, wie ihn StR Schloßgangl vorgetragen hat. Wer für den Hauptantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke (Pro-Stimmen von SP, VP, GAL). Wer ist gegen diesen Antrag? 8 Gegenstimmen (FP). Stimmenthaltungen? 1 Enthaltung (FP).

Der Hauptantrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich gebe den Vorsitz zurück an den Bgm.!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um Vortrag von Punkt Nr. 27).

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich komme zu meinem letzten Antrag - er betrifft die Renovierung der Inselbrücke.

27) Bau4-6628/88

Renovierung der Inselbrücke; Schlußrechnung; Antrag auf Vergabe der Nachtragsanbote Nr. 3 u. 4: Auftragserweiterung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Bauwirtschaft u. Tiefbau v. 17. Juni 1994 werden für die Renovierung der Inselbrücke die Nachtragsangebote Nr. 3 über S 754.297,54 inkl. MWSt. und Nr. 4 über S 55.584,14 inkl. MWSt. nachträglich vergeben und wird gleichzeitig einer Auftragserweiterung des Gesamtauftrages um S 1,009.274,38 (inkl. MWSt.) zugestimmt.

In einem werden die erforderlichen Mittel zur Abwicklung der Schlußrechnung in Höhe von

S 1,010.000,--

bei VAST. 5/6120/002270.6 freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Hr. Koll. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vorausschicken, daß wir diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung erteilen. Ich möchte nur die Gelegenh. nützen, die Bezeichnung Renovierung auf ein anderes Projekt in der Stadt zu lenken. Und zwar möchte ich Hrn. StR Schloßgangl, den zuständigen Referenten, bitten bzw. auffordern, endlich einen anderen Schandfleck in Steyr renovieren zu lassen. Und zwar handelt es sich um den Aufstieg zum Tabor. Die Taborstiege ist seit Jahren - ich möchte fast sagen Jahrzehnten - in einem erbärmlichen Zustand. In einem Zustand, der wirklich einer alten und schönen Stadt Steyr nicht würdig ist. Ich würde bitten, hier Aktivitäten zu entwickeln, auch diese Stiege renovieren zu lassen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Wünscht der Referent ein Schlußwort?

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte dazu kurz Stellung nehmen. Mir ist nicht bekannt, daß sie in einem so erbärmlichen und schlechten Zustand ist. Es muß sicher etwas gemacht werden, aber so schlimm ist es auch nicht. Sie muß vielleicht heruntergefärbelt und des öfteren gereinigt werden, weil dort

zum Teil die "Sandler" über-
nachten und hausen. Aber so
schlimm ist sie sicher nicht, daß
man dort nicht gehen kann.

Aber im Zuge der nächsten
Renovierungsarbeiten wird si-
cherlich - wenn wir die anderen
Stiegen wieder durchgehen - die
Möglichkeit bestehen, hier etwas
zu machen. Aber so vordringlich,
wie das jetzt hier geschildert
wurde, scheint mir das Problem
bei weitem nicht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir haben am
Stadtplatz schlechtere Stiegen -
das steht fest. Mit denen setzen
wir uns schon seit Jahren
auseinander - wir müssen uns
auch hier zu klaren Prioritäten
bekennen. Daß man sie
instandhalten muß, ist gut; aber
technisch ist diese Stiege in
Ordnung. Sie ist nicht so schön
wie sie sein könnte, da wird
etwas gemacht werden. Jetzt
haben wir die Almstiege gemacht
- das ist ein "Wunderwerk"
geworden!

Wir kommen zur Abstimmung.
Wer für den Antrag ist, den bitte
ich, ein Zeichen zu geben. Danke
sehr. Wer ist dagegen? Niemand.
Stimmhaltung wird nicht an-
gezeigt. Der Antrag ist ein-
stimmig angenommen.

Ich bedanke mich bei Hrn. StR
Schloßgangl - nächster Bericht-
erstatte ist Hr. StR Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STR.
LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine
Damen und Herren des GR! Im
ersten Antrag geht es um den
Ankauf eines Löschfahrzeuges
mit Bergeausrüstung f. d. FFW -
Löschzug IV. Es ist eine Er-
satzbeschaffung.

Ich würde bitten, dem zuzu-
stimmen. Es geht um einen Ge-
samt-Kostenaufw. v. 3,140.000
Schilling.

28) FW-16/94

Ankauf eines Löschfahrzeu-
ges mit Bergeausrüstung für
die Freiwillige FW der Stadt
Steyr - Löschzug IV (Christ-
kindl).

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
FA f. Liegenschaftsverwaltung v.
26. 5. 1994 wird im Zusam-
menhang mit dem Ankauf eines
Löschfahrzeuges mit Bergeaus-
rüstung für die FFW der Stadt
Steyr - Löschzug IV (Christkindl)
nachstehenden Auftragsvergaben
zugestimmt:

1. Fahrgestell - Steyr 10 S 18/L
37 4 x 4 single: Fa. Rosenbauer,
Leonding - S 1,106.400,-- inkl.
MWSt.

2. Feuerwehrtechnischer Aufbau
und Ausrüstung: Fa. Rosenbauer,
Leonding - S 2,033.600,-- inkl.
MWSt.

Zum genannten Zweck werden
Mittel im Ausmaß von

S 1,600.000,--
bei der VASSt. 5/1630/040000.4
freigegeben.

Es ist auch angeführt, daß dies
geteilt wird in Ratenzahlung (für

1994 und der Restbetrag von 1,540.000 S im Jahr 1995). Ich darf auch mit anmerken, daß wir überlegt haben, das erst im nächsten Jahr anzuschaffen. Aber möglicherweise bedeutet dies, daß der Subventionszuschuß vom Landesfeuerwehr-Kommando über 950.000 S herausfallen würde - obwohl wir das Geld erst 1996 erhalten.

Ich würde Sie ersuchen, diesem Ankauf die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht dazu das Wort? Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Es handelt sich hier sicherlich um eine notwendige und nützliche Investition, der wir über kurz oder lang näher treten werden müssen. Aber ich bitte, eines zu prüfen: ob denn dieses Fahrzeug überhaupt in der zur Verfügung stehenden Halle Platz hat. Nicht daß wir dann in die Situation kommen, deswegen, weil das Fahrzeug zu groß ist, ausbauen zu müssen. Das möchte ich vorerst schon geprüft wissen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Interessante Fragestellung! An sich unterstelle ich, daß das Bezirksfeuerwehr-Kommando vorab solche Prüfungen vornimmt.

Aber wenn nicht, wäre das schon eine Sache, die bedenklich ist. So kann es ja nicht sein, daß wir zuerst ein Fahrzeug kaufen und dann ausbauen müssen!

Schlußwort bitte.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Zur Frage oder zu den geäußerten Bedenken. Ich verweise darauf, daß die Maße dafür ausreichen - mit dem derzeitigen Zeughaus oder FW-Haus des Löschzuges IV. Es ist aber nicht unbedingt - das möchte ich hier bei dieser Gelegenheit anmerken - sozusagen erstrebenswert, das Feuerwehr-Zeughaus IV auf ewig in seinem Bestand so zu belassen. Es gibt auch die Wünsche, das FW-Zeughaus später einmal neu auszustatten. Das hat aber mit dem jetzigen Ankauf **nichts** zu tun.

Zum dzt. in Verwendung stehenden Löschfahrzeug wird um Entwertung bzw. Rückgabe er-sucht. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. StR, kannst Du ausschließen, daß das neue Fahrzeug dann nicht in das Zeughaus hineinpaßt?

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das interessiert mich schon!

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Das kann ich sicher ausschließen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn wir es neu bauen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir wissen ja, daß das Zeughaus Christkindl auch einmal zur Renovierung und Adaptierung ansteht. Dies wurde ja bekannt gemacht.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Hat aber mit diesem Ankauf nichts zu tun!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Aber ich würde es nicht gutheißen, daß man uns veranlaßt, ein Löschfahrzeug zu kaufen, welches dann nicht ins Zeughaus hineinpaßt! Das würde ich als unseriöse Vorgangsweise betrachten - bin ich bei der FW nicht gewohnt, muß ich sagen. Vorbehaltlich, daß das Auto in das Zeughaus hineinpaßt, bitte ich um Zustimmung.

Wer ist für diesen Ankauf? Danke. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Wer ist dagegen? Niemand. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

In meinem nächsten Antrag geht es um einen Vertrag mit einer

Werbefirma über Plakatierung und Werbung auf Gemeindegrund bzw. auf stadteigenen Gründen. Wie im Amtsbericht ausgeführt, geht es um einen Antrag, der schon längere Zeit - sozusagen - im Aktenlauf ist. Ich darf nach langwierigen Verhandlungen und Ergänzungen im Vertragswerk bitten, dieser doch einigermaßen respektablen Erhöhung der Einnahmen - nämlich eine Erhöhung um ca. 160 % gegenüber dem Jahr 1992 - die Zustimmung zu geben.

29) ÖAG-1446/74

Vertrag m. einer Werbefirma über Plakatierg. u. Werbung auf Gemeindegrund d. Stadt Steyr.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Liegenschaftsverwaltung v. 16. Juni 1994 wird dem Abschluß des neuen Vertrages mit dem Werbering Linz über Plakatierung und Werbung auf Gemeindegrund der Stadt Steyr, entspr. dem im Amtsbericht integrierten Vertragsentwurf, zugestimmt.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr. GR Fürweger gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Meine Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Grundsätzlich möchte ich einmal

sagen, daß die Stadt überhaupt keine Plakattafeln aufstellen müßte. Wir hören immer wieder, daß wir den Fremdenverkehr forcieren wollen und geben dann ein schlechtes Beispiel ab, daß die Stadt sich selbst, die Stadt verschandelt! Wir haben jetzt Wartehäuschen bekommen, die selbst auch Werbeflächen bieten; ich glaube, das muß genug sein. Ich könnte mir auch vorstellen, für öffentl. Ankündigungen ein paar Litfaß-Säulen, aber dann muß es schon reichen.

Wir haben erst vor ein paar Tagen von Prof. Breitling gehört - er hat uns auch ein Foto gezeigt -, daß das nicht sehr schön ist, wenn man in die Stadt hineinkommt und an 20 oder 30 riesengroßen Plakatwänden vorbeifährt.

Wir haben schon in der Vergangenheit - und StR Holub weiß es ja - auch die privaten Plakattafeln kritisiert; z. B. in der Berggasse. Es ist nicht einsehbar, daß wir eine Altstadt restaurieren, die Fremden durchführen, ihnen die schönen Giebel, Dächer und Pflaster zeigen, aber die Wände sind mit Plakaten voll. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß bei der Aufstellung und Genehmigung von Plakatflächen anscheinend ein kleines "Kompetenz-Wirrwarr" herrscht. Es fühlt sich niemand genau zuständig - angefangen von der Bauabteilung, Liegenschaft, Bezirksverwaltung und zu guter Letzt eigentl. unser Denkmalschutz-Ref., StR Holub.

Ich würde vorschlagen, daß das die erste Stelle wäre, die sich das überlegen sollte, ob eine Plakattafel aufgestellt werden darf oder nicht, und die Liegenschaft hier eigentl. - glaube ich - letzt-rangig anzusehen ist.

Zu den Hinweistafeln bzw. zur Lichtmastwerbung ist anzuführen, daß schon von seiten der BP-Direktion oftmals erwähnt wurde, daß es eine Verkehrsunsicherheit herbeiführt, wenn wir einen Schilderwald haben, und die Verkehrsteilnehmer die Verkehrszeichen nicht mehr sehen - vor lauter Hinweistafeln zu den gew. Etablissements, die wir in der Stadt haben, Bars, Night-Clubs etc. Diese sind - nach meiner Anfrage - zum Teil sogar illegal errichtet worden.

Ich bin der Meinung, daß hier einmal genauer nachgeschaut werden sollte.

Zusammenfassend ist zu sagen - auch wenn es eine Einnahme für die Finanz ist -, daß die Stadt, glaube ich, es nicht notwendig hat, auf ihren eigenen Grundflächen Plakate aufzustellen. Da gibt es genug priv. Flächen, und die sollten wir uns ganz genau ansehen - von seiten der Ortsbildpflege. Und zweitens die Hinweistafeln - hier gehört auf jeden Fall einmal dieser Schilderwald durchforstet.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Hr. StR Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT
KARL HOLUB:

Natürlich, hohes Präsidium, werte Damen und Herren des GR, beklage ich aus dem Blickwinkel des Denkmalschutzes und des Stadtbildes die Plakatflut, die es in Steyr gibt. Wir haben uns schon des öfteren, Hr. Kollege, über die Möglichkeiten unterhalten, die der Denkmalschutz hier hat, einzuschreiten oder auch nicht. Das hält sich also in Grenzen, wir haben das mit der zuständigen FA mehrfach besprochen. Es ist zweifellos so, daß ich Hrn. Dr. Kaiser und Hrn. Reg.Rat Scheuer nicht unterstellen kann, daß das die ersten Plakatierer in der Stadt sind. Wenn sie vom Denkmalschutz her und von der Ortsbildpflege her Möglichkeiten gesehen hätten, so bin ich doch der großen Zuversicht, daß sie das auch mitgeteilt hätten. Oder aber hätten sie es vielleicht nicht dürfen, weil es ein bestimmtes Werbe-Unternehmen ist. Das kann ich nicht beurteilen, was da dahintersteht. Mir wurde jedenfalls von der zuständigen FA niemals der Hinweis gegeben, daß man über Ortsbildschutzgesetz o. ä. Vorschriften Einfluß nehmen könnte gegen das Ausufern der Plakate, welches wir sicher alle gleichmäßig beklagen.

Die Vertragsformulierung, die hier im Entwurf vorliegt - auf der Seite 3 des Amtsberichtes - gibt mir auch ein wenig zu denken, was denn das überhaupt

soll, wenn es dort heißt: VERTRAGENTWURF über die Plakatierung und Werbung auf öffentlichem und privatem Gut der Stadt Steyr. Was das wohl ist? Ich weiß es nicht! Was ist das private Gut? Meint man damit jedes private Grundstück oder meint man damit Liegenschaften, die der Stadt Steyr gehören und nicht dem öffentl. Verkehr dienen; oder was soll das sein?

Ich hätte mir nur sehr erhofft, daß Verträge, jetzt schon in der 3. Lesung, doch so abgefaßt werden, daß man sie dann auch eindeutig verstehen kann. Eine so extreme Aufgabe scheint es ja doch nicht zu sein, das fertig zu formulieren.

Es ist überhaupt ein bißchen lustig, was hier dahintersteckt. Da muß ein Werbe-Unternehmen erklären, daß es keine Bäderwerbung macht, weil wahrscheinlich Bäderwerbung eine so offenbare Neuigkeit ist, daß man nicht zu Rande kommen kann damit, damit das andere Werbe-Unternehmen bei schlechteren Konditionen doch den Zuschlag kriegen kann. Das ist wirklich ein bißchen ein übler Scherz, der hier umgeht. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, wenn ich das Recht hätte, hier an der Abstimmung teilzunehmen, dann wüßte ich schon, was ich zu tun habe. Aber dieses Recht habe ich mir ja selbst weggenommen, damit kann ich Ihnen nur sagen, es wäre schon recht gewesen, hier dieselben Konditionen herbeizuführen, die die anderen anbietenden

Unternehmen in Aussicht gestellt haben.

Der Scherz mit der Bäderwerbung kann ja wohl wirklich nicht ernst genommen werden - oder ist es etwa so, daß der Antragsverfasser mit dem Antrag baden gehen wollte und dabei keine Werbung machen wollte. Ich weiß es nicht! Also eine Werbung in einer Badeanstalt, das dürfte ja nicht die epochale Erfindung des 20. Jahrhunderts sein. Das sollte jemand schon beherrschen!

Man weiß ohnehin, daß der Vorzug dem Werbering gelten sollte, weil es lang vertraute Beziehungen - das habe ich schön gesagt -, weil es lang vertraute Beziehungen gibt; im Umgang miteinander ist man sehr eingeübt, und es spricht nichts dagegen, diese Beziehung auch weiter fortzuführen. Aber das sollte bitte nicht zum Nachteil des Säckelwartes ausgehen, der dabei eigentl. beklagen muß, daß er um 10 % - mit Respekt gesagt, Mundl Sackbauer würde sagen - geschossen wurde. Das ist die reine, einfache Wahrheit. Und hier scheint mir die alte Vertrautheit und die Freundschaft doch ein wenig weitgegangen zu sein. Ich hätte schon den recht massiven Vorschlag, hier noch einmal nachzuverhandeln, daß man auf eine ordentliche, vergleichbare Vereinbarung kommt; dann wäre mir sehr viel wohler bei dem Beschluß, den Sie jetzt vermutlich fassen werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Hr. GR Mundorff am Wort.

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Hr. Bgm., meine Damen und Herren vom GR! Ich kann mich also den Worten meiner beiden Vorredner doch sehr wohl anschließen. Zum ersten sollte also sicherlich Steyr - mit den Bestrebungen, die wir verfolgen - nicht dazu werden, daß wir uns vorkommen wie im ital. Industrievorort. Und an gew. Stellen ist die Plakatdichte wirklich schon so groß, wie an einer Einfahrtstraße in Italien. Das sollte nicht in unserem Sinne sein.

Und zu den finanziellen Seiten gebe ich Ihnen vollkommen recht. Ich habe auch ein ganz ungutes Gefühl, das wird sich sicher in meinem Abstimmungsverhalten entspr. äußern. Wenn man von den Mehreinnahmen ausgeht, die über die andere Firma "Werbeland" zu erzielen wären, so sind das immerhin 137.000 S im Jahr bei den unterstellten Plakatflächen oder 32 %. Das ist doch eine gewaltige Sache. Das einfach abzutun damit, daß diese Ablehnung deswegen sinnvoll ist, weil man mit denen nicht gut zusammenarbeiten kann - gew. Unregelmäßigkeiten sind ja beim Werbering, bei den Wartehäuschen wohl auch vorge-

kommen. Das ist für mich nicht hieb- und stichfest. Ich sehe hier schon eine sehr protektionistische Haltung - vor allem der SPÖ-Riege.

Hr. StR Tatzreiter, man kann das natürl. schon so formulieren, daß man hier ein Super-Ergebnis bei den Verhandlungen erzielt hat - da gebe ich Ihnen recht; das ist eben ein Ergebnis. Aber man hätte das natürl. schon rückwirkend, früher machen müssen. Und nicht früher diese Werbefirma subventionieren - nämlich in den 20 Jahren mit 5 Mill. S - hochgerechnet! Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke auch. Noch eine Wortmeldung? Hr. Koll. Spöck bitte.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Grundsätzlich möchte ich meinen beiden Vorrednern recht geben. Gerade beim ersten Antrag hat sich auch mir die Sache so dargestellt, als wäre der Werbering bevorzugt worden. Es ist aber, wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, noch einmal Kontakt aufgenommen worden mit allen Firmen - insbes. geht es ja um die Heimatwerbung. Hier heißt es im Amtsbericht: Zu diesem Bezugsgegenstand wurde die Fa. Heimatwerbung, Linz, nochmals kontaktiert, wobei diese mit Schreiben vom 9. Juni 1994

mitteilte, daß sie bzgl. "Bäderwerbung" von einer Offertstellung Abstand nehmen will.

Ich glaube, wenn sie kein Interesse zeigt, dann ist das schon richtig so. Diese Firma ist wahrscheinlich aufgrund irgendeines Umstandes, den ich nicht weiß, nicht interessiert. Daher stimme ich diesem Antrag zu.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Es wurde ja bereits über diesen vorliegenden Amtsbericht und über diesen Antrag sehr viel zum Ausdruck gebracht. Ich möchte ganz kurz aus meiner Sicht noch einige Anmerkungen machen.

Meine Vorredner haben ja bereits darauf hingewiesen, daß es vor allen Dingen auch um eine gew. "Verschandelung" des Orts- und Stadtbildes geht bei dieser Werbung. Aber darüber hinaus sehe ich doch eine sehr starke Parallele bei dieser Vergabe an den Werbering und im Zusammenhang der Vergabe an den Werbering, betreffend die Wartehäuschen. Nur mit dem einzigen Unterschied, daß wir jetzt schon - Koll. Holub hat darauf hingewiesen - die 3. Lesung haben. Und was die Zuordnung der Wartehäuschen

und den Auftrag an den Werbering betrifft, Koll. Zagler damals einen Überraschungsantrag eingebracht hat, der sicherlich nicht zum besten ausgegangen ist. Denn das scheint sich zu einer endlosen Geschichte zu entwickeln. Obwohl dort versichert wurde - daran darf ich wirklich alle erinnern -, daß mit Jahresende (vergangenen Jahres!) die Wartehäuschen der Bevölkerung zur Verfügung stehen, war dem nicht so. Von allen anderen, sehr unangenehmen Begleiterscheinungen, wo Privatgrundbeschädigungen udgl. mehr sozusagen auf der Tagesordnung waren, möchte ich gar nicht reden.

Das alles ist unter Aufsicht des Werberinges geschehen. Ich bin daher auch der Meinung, schon alleine aus dem Grund, diesem Antrag die Zustimmung nicht geben zu können.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Herren Bgm., werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Am Dienstag, bei der Präsentation von Hrn. Prof. Breitling über das StEK hat er uns ein paar schöne Bilder von Steyr gezeigt. U. a. die Straße mit den vielen Werbetafeln, sozusagen als schlechtes Beispiel. Ein Aspekt erscheint mir hier doch erwähnenswert. Der Hr. Bgm. hat

vor kurzem in einer Haushalts-Postwurfzeitung folgendes zum Ausdruck gebracht, im Zusammenhang mit der Diskussion um die Wartehäuschen, die heute auch schon erwähnt wurden. Und zwar hat er die Werbung in den Wartehäuschen damit begründet, daß damit die andere Werbung etwas zurückgedrängt werden soll oder auf ein Ausmaß beschränkt werden soll, das sich dann anschaulich präsentiert. Meiner Meinung nach stellt das einen krassen Widerspruch zum Amtsbericht dar, der uns hier jetzt vorliegt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte den Vorsitz kurz abgeben, um mich an der Diskussion beteiligen zu können.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bgm. das Wort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Ich habe mir so die Tagesordnung angesehen; wir haben beträchtl. und folgenschwere Entscheidungen getroffen - ohne Debatte. Wenn ich mir ansehe, welche Diskussion ausgelöst wird bei einem kleinen "Werbeverträgchen", das es ohnehin schon gibt, das wir nur verbessern, dann muß ich schon sagen, daß es bemerkenswert ist und eigentl. in einer gew.

Unverhältnismäßigkeit zur Bedeutung.

Daß Werbung rundherum im Vormarsch ist, das wird keiner bestreiten. Jeder sitzt in irgendeiner berufl. Position, jeder erlebt, wie sein eigenes Unternehmen mit Millionen und aber Millionen beworben wird. Nicht wahr, Hr. Koll. Mundorff? Das BMW-Werbebudget wäre etwas für die Stadt Steyr; da wären wir nämlich aus dem Schneider! Das tun alle.

Wir sehen uns an, was im Fernsehen geschieht, und erst was im Privatfernsehen geschieht, das ja auf uns zukommt. Man kann sich nicht einmal mehr einen Film ansehen, weil es dreimal eine Unterbrechung gibt. Da muß man schon verhältnismäßig "gut drauf" sein, daß man den Faden nicht verliert - wenn ich das ein wenig scherzhaft bemerken darf.

Ich stelle nur fest, daß in Wirklichkeit ein besseres Angebot von Progreß da war, welches ursprüngl. von Werbeland gekommen ist. Der Vertreter von Werbeland war früher bei Werbering; wir haben mit ihm einige nicht sehr gute Erfahrungen gemacht, und er ist auch deswegen von Werbering weggegangen. In welcher Form immer. Ich möchte aber nichts Schlechtes über den Mann sagen, weil er nicht mehr unter den Lebenden weilt. Er hat ein Angebot gemacht für eine neue, von ihm gegründete Werbefirma, namens Werbeland; er hat ein

Angebot gemacht, das geringfügig - wie wir gehört haben - günstiger war, und weilt - wie gesagt - nicht mehr unter den Lebenden. Er steht also für eine Vergabe nicht zur Verfügung. Natürl. gibt es Rechtsnachfolger, die wir jedoch nicht kennen und mehrheitl. in Wien sitzen. Es ist etwas schwierig, unter solchen Umständen einen Vertrag abzuschließen. Das möchte ich schon als Information noch dazu sagen. Weil Koll. Eichhübl die - ich weiß nicht - 96. in Sachen Wartehäuschen produziert hat, muß ich sagen, daß dies wahrscheinlich Dein Dauerbrenner werden wird. Mit dem wirst Du in die Geschichte eingehen.

Aber es kommt immer deutlicher zum Ausdruck, daß wir wahrscheinlich - hätten wir auf Euch gewartet - noch immer keine Wartehäuschen hätten, denn befaßt mit dieser Materie haben sich andere. Ich will mir hier keine "Federn an den Hut stecken", ich habe mich von Anfang an intensivst beschäftigt - seit Herbst 1990!

Daß sie schön geworden sind, steht mittlerweile außer Zweifel. Ich höre keine Beschimpfungen seitens der Bevölkerung. Man muß sich nur andere Wartehäuschen ansehen - da wird jeder unschwer feststellen, daß sie schöner sind als die in Linz oder Wien oder in anderen Städten. Sie sind auf Steyr zugeschnitten. Und daß es lange und länger gedauert hat, das ist ein Thema, welches Du am besten

wissen müßtest. Weil ich doch bemerken möchte, daß die Stadtwerke von Haus aus den Auftrag gehabt haben, hier 55 Positionen zu nennen - von den Frequenzen in den Autobussen abgeleitet -, wo wir diese Häuschen hinstellen. Das hat verhältnismäßig lange gedauert, wenn ich hier den Zeitraum, in dem solche Häuschen produziert werden, in Vergleich stelle mit dem, bis wir gewußt haben, wo wir sie überhaupt haben wollen. Dann hat es dort Grundstücke gegeben, die nicht der Stadt gehört haben, die nicht im öffentl. Gut waren. Es waren mühselige Verhandlungen notwendig, die Dr. Schmoll eigentl. mit Erfolg geführt hat - aber mit priv. Grundstücksbesitzern muß man eben das Einvernehmen herstellen. Wir leben ja nicht in einer Diktatur und wollen auch nichts enteignen. Das war ein Prozeß, der sich hingezogen hat, der aber in Wirklichkeit nicht Werbering anzulasten ist. Denn Werbering nimmt einen Auftrag, gibt ihn weiter zur Produktion und an die Firma, die das dann montieren und aufstellen muß. In Wirklichkeit ist ein Auftrag, der in kurzer Zeit durchgezogen werden kann - weil die Grundstücke zur Verfügung stehen und genau bezeichnet sind -, viel billiger abzuwickeln. Es war für Werbering sehr erschwerend, daß wir nicht in der Lage waren, die Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Das muß

man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen.

Und dann diese Geschichte, die Du im letzten StS wieder "ausgewalzt" hast, auch in der Steyrer Zeitung haben wir hier 1/4 Seite dieser Thematik gewidmet. Wenn ein Lastauto zufällig ein Wartehäuschen niederfährt - das kann uns natürl. jeden Tag passieren -, dann handelt es sich um einen Versicherungsfall. Die Versicherung muß den Schaden schätzen - in diesem Fall war es ein Totalschaden (würde man bei einem Auto sagen); ein neues Wartehäuschen mußte hergestellt werden, das binnen 3 Wochen wieder dort gestanden ist.

Ich bin nur gespannt, wie lange wir uns in diesem Hause noch über Wartehäuschen unterhalten. Ich möchte darauf hinweisen, daß Werbering hier zu Unrecht beschuldigt wird. Und eines weise ich auf jeden Fall zurück: Von Unregelmäßigkeiten oder das, was man darunter versteht, wenn man von Unregelmäßigkeiten spricht, Hr. Koll. Mundorff, kann keine Rede sein! Es ist alles ordnungsgemäß abgerechnet worden. Wir wurden mehrfach aufgefordert, daß wir bei unserer Gestion ein bißchen schneller sein sollten. Das sind die Probleme! Ich wollte das bei dieser Gelegenheit noch einmal erklärt haben!

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Finanzielle Unregelmäßigkeiten sind

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sie tun ja so, als hätten die etwas veruntreut, oder so!

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Das ist Ihre Interpretation!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Vorsitz und erteile Hrn. Koll. Schloßgangl das Wort.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des GR! Wenn hier die Wartehäuschen ins Spiel gebracht werden, so möchte ich erinnern, daß wir alle damit nicht einverstanden waren und diesen Antrag eigentl. abgelehnt haben. Es wurde mit allen Mitteln versucht, hier einen guten Vorschlag - nämlich die WALL-Häuser - zu verhindern und die des Werberinges durchzuführen. Das haben wir nicht gutgeheißen, aber das hat - meiner Meinung nach - heute mit dieser Plakatierung nichts zu tun. Was wir kritisieren und was ich kritisiere, ist, daß wir seit 1. 1. 1993 einen vertraglosen Zustand gehabt haben, und daß auch dieser Vertrag rückwirkend mit 1. 1. 1994 geschlossen werden

muß. Ich glaube, daß er eine Verbesserung für die Stadt bringt - das ist eindeutig. Er ist erstens mit einer kürzeren Laufzeit behaftet; er bringt rund 1/4 Mill. S an Mehreinnahmen. Wenngleich auch die Vorgangsweise des Wettbewerbs oder der Anboteinholung - wir alle wissen, daß der Werbering sicherlich einer Fraktion hier im Hause sehr nahesteht - nicht sehr glücklich und gut war. Ich glaube aber, daß wir trotzdem - aufgrund der Verkürzung der Laufzeit und der Verbesserung der Mehreinnahmen - diesem Antrag die Zustimmung geben sollten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des GR, Hr. Bgm.! Darf ich vielleicht noch etwas zum vorigen Antrag deponieren, was mit Sicherheit stimmt. Ich möchte noch etwas sagen, was das Feuerwehrauto betrifft, damit das auch noch ins Protokoll hineinkommt. Vor einigen Jahren wurden die Tore im FW-Zeughaus ausgewechselt, und es hat überhaupt keinen - sozusagen - schmerzlichen Widerstand gegeben bei der Abmessung, ob wir das hineinbringen oder nicht. D. h., das Feuerwehrauto ist kein Problem.

Daher darf ich jetzt noch einmal vermerken, daß es hier keine Unstimmigkeiten geben darf! Man kann ja nicht ein Fahrzeug bestellen, das man dann nicht hineinbringt und möglicherweise im Freien stehen lassen muß. Ich weiß, es hat schon einmal so etwas gegeben - aber das liegt schon lange zurück!

Zu meinen Schlußbemerkungen bezüglich der "Verschandelung" durch viele Plakate. Hier bin ich auch der Auffassung, daß wir das restriktiv halten sollten - überhaupt keine Frage. Das Stadtbild ist einfach zu schön, um es mit Plakaten zu verpflastern. Koll. Holub hat aber darauf hingewiesen, daß es immer sehr, sehr streng beobachtet wird. Wenn Auswüchse passieren und etwas stehen gelassen wird - nach seiner Aktualität -, dann wird es automatisch beseitigt oder es werden die Verantwortlichen aufgefordert, das wegzuräumen.

Noch einmal: Mir geht es darum, daß man bei der Werbung insges. darauf achten muß, daß sie nicht zuviel wird. Das ist die Vorgangsweise, die berücksichtigt werden muß!

Zur Verkehrsunsicherheit, welche hier angeführt wurde. In diesem Zusammenhang habe ich noch keine Beschwerde gehört. Das ist aber auch nicht unbedingt mir zuzuleiten, sondern es gibt andere "Herren", die dafür zuständig sind. Im Hinblick auf das pos. Ergebnis und die Darstellung darf ich sagen, Hr. Dipl.-Ing.

Mundorff, daß ich für die Zeit, wo der erste Vertrag entstanden ist, nicht zuständig bin. Aber ich fühle mich mitverantwortlich; deswegen haben wir jetzt so lange verhandelt, und es kam zu einem pos. "Ende".

In diesem Zusammenhang darf ich um Zustimmung bitten!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? 9 Gegenstimmen (FP). Wer enthält sich der Stimme? 2 Enthaltungen (GAL). Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Der Rest (SP + VP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke Hrn. StR Tatzreiter. Nun bitte ich den nächsten Berichterstatter, Koll. StR Zagler, um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STR.

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Die Hitze macht es einem nicht leichter, dieses große, dicke, umfangreiche, mehr als 400 Seiten starke Zahlenwerk vorzutragen, zu erläutern und alle Fragen in kurzer Zeit restlos aufzuklären. Der Amtsbericht selbst gibt eine sehr kurze und schlüssige Darstellung all jener Dinge, die auf den 398 Seiten des gedruckten Rechnungsabschlusses vorkommen. Und zwar gliedert er sich in den Gesamthaushalt, wo sowohl o. als auch ao. H. nach Abschluß des Finanzjahres '93 dargestellt wur-

den, und der mit einem Gesamtbetrag von 1,308.973.847,20 S festgestellt wurde. Eine kleine Entschuldigung an die Spitze der Ausführungen. Es ist im Eifer hier aus dem Computer eine falsche Zahl entsprungen. Durch einen Formelfehler wurde der ursprüngl. Antrag mit einem anderen Betrag, näml. mit 1,455, gestellt. Mir wurde jedoch versichert, daß allen Mitgliedern des GR rechtzeitig ein Austauschblatt zugegangen ist.

Auf der ersten Seite des Amtsberichtes, wo der Gesamthaushalt dargestellt wird, ist auch eine Grafik angebracht, die 1991/92 einen sehr deutl. Anstieg von mehr als 200 Mill. S im Gesamthaushalt ergeben hat. Wir alle wissen, daß dies damals jenes Jahr war, wo die BMW-Gewerbsteuerzahlung und auch die Gewerbesteuer-Nachzahlungen da waren, die natürl. wieder zum Teil zurückgenommen wurden; man müßte also, um das korrigiert oder in lesbarer Form für uns verständlich zu machen, eher diese "Spitze" als Sonderfall, als Ausnahme außer Diskussion stellen.

Auf der 2. Seite ist dann der o. H. dargestellt. Die laufende Gebarung und die Vermögensgebarung bei den Einnahmen. Wie wir sehen, ist bei den Einnahmen der Hauptposten die "Eigenen Steuern u. Abgaben" sowie die "Bundesertragsanteile" von 621.491.708,41 S. Sie haben auch auf dieser Seite wieder eine Grafik dargestellt, wo das größte

Tortenstück eben diesen Bereich "Eigene Steuern und Abgaben" betrifft.

Der nächste Punkt der Größenordnung sind "Einnahmen aus Leistungen", die wir über Tarife unseren Bürgern in Vorschreibung bringen. "Transfer-einnahmen" - sprich Subventionen - hpts. Subventionen v. Bund und Land u. a. Körperschaften. Und dann noch die Pos. "Sonstige Einnahmen".

Bei der Vermögensgebarung ist der hpts. Posten die Darlehensaufnahme. Ich muß dazu sagen, daß gerade dieser Betrag oder der größte Teil dieses Betrages jene Umschuldungsaktion war, die wir Ende 1992 mit Wirkung 1993 beschlossen haben, die also einen runden Betrag von 100 Mill. S ausgemacht hat. Man sieht dann auf der nächsten Seite, auf S. 3, in Zeile 74: "Tilgung v. Darlehen f. Investitionszwecke" - eben auch wieder 142,904.956,70 S - man müßte also rd. 97 Mill. S hier aus beiden Pos. faktisch deckungsgleich in Anwendung bringen.

Der zweitgrößte Brocken ist die Finanzierung der lfd. Gebarung durch die Entnahme aus Rücklagen - von 59,3 Mill. S. Dadurch wurde der Abgang im o. H. von ca. 58 Mill. S finanziert.

Die dritte Seite des Amtsberichtes behandelt die laufende- und Vermögensgebarung auf der Ausgabenseite. Wir sehen hier - aber das ist auch nichts Neues mehr -, daß der größte Teil der Ausgaben - vom Betrag her -

auf die Leistungen für Personal, für Pensionen ausgewiesen wird. Sie haben in der Grafik das Segment "Leistungen f. Personal" mit 32 % angesetzt. Darunter dann noch die Pensionen mit 5 % - d. h., etwa 37 %. Und wer den Kurier - ich glaube - von gestern gelesen hat, wo über den Salzburger Rechnungsabschluß ein Artikel stand, so mußte er dort vernehmen, daß in Salzburg mehr als 41 % der Kosten auf die Personal-Leistungen entfallen. Natürl. - ich will das nicht vorwegnehmen - kann man das nicht unbedingt deckungsgleich sehen. Es gibt eben Städte, die in ihrer betriebl. Sicht anders gelagert sind; es gibt Kommunen, die hier von der Größenordnung her auch andere Gewichtungen und Wertungen haben. Aber wenn man diese "Schnitte" ansieht und mit anderen Städten vergleicht, sind wir durchaus im Konzert so vertreten, daß wir nicht alleine weit vor dem Orchester sitzen oder ganz weit hinten im Orchestergraben. Wir sind mit den anderen durchaus vergleichbar.

Die "Verbrauchsgüter, der Verwaltungs- und Betriebsaufwand" sowie die "Transferzahlungen", d. h. jene Zahlungen, die wir in Form von Umlagen an das Land (im wesentl.) zahlen (in Höhe von 193 Mill. S) sind ebenso anzusetzen bei der lfd. Gebarung.

Wie sieht die vermögensmäßige Deckung bei den Ausgaben aus? Ich habe schon gesagt, daß hier der Hauptposten die Darle-

henstilgung von 143 Mill. S ist, wovon aber etwa 100 Mill. S aus der Umschuldung deckungsgleich wieder mit dem auf Seite 2 gebrachten Punkt sind.

Der gesamte o. Haushalt betrug im Rechnungsjahr 1993 S 1,031.371.140,37.

Wie sieht der ao. H. in der Endabrechnung aus? Den größten Teil dieses ao. H., den haben wir für den Erwerb v. unbewegl. Vermögen verwendet - näml. 57 %. Insges. hat dieser ao. Haushalt eine Größenordnung von 277,602.706,83 und ist, wie wir aus der Grafik auf Seite 1 sehen, wiederum gegenüber dem Spitzenjahr 1992 zurückgegangen; was ganz einfach dadurch auch erforderl. ist, weil die Finanzierbarkeit dieser Ausgaben nicht in dem Umfang, wie die Wünsche an die Stadtgemeinde gerichtet werden, erfüllt werden kann. Wir können es eben auch nicht anders als ein priv. Unternehmen, wir können den Schilling, den wir verdienen, leider nur einmal ausgeben!

Der nächste Punkt - Punkt Nr. 4) - behandelt den Abschluß der Stadtwerke und des Versorgungsbetriebeverbundes Steyr, der schon als eigener Antrag in diesem Haus diskutiert wurde. Es sind hier die Aktiva und Passiva, also die Bilanzsumme, der Stadtwerke mit 130,116 Mill. S festgeschrieben. Ein Verlust aus den Stadtwerken - sprich Stadtbad, Kunsteisbahn, Bestattung, Krematorium etc. - von 10,760 Mill. S. Und die Aktiva und

Passiva des Versorgungsbetriebsverbundes - des Verbundes zw. Gaswerk und Verkehrsbetrieb - betragen 145 Mill. S; und ein Verlust, ein saldierter Verlust (muß ich dazu sagen) von 8,367 Mill. S ist die Folge. Saldierter Verlust deswegen, weil der Verlust aus den Verkehrsbetrieben - ich durfte das heute schon einmal vorlesen - an die 30 Mill. S betragen hat.

Es ergeht nun an Sie die Bitte, diesen Rechnungsabschluß 1993 so zur Kenntnis zu nehmen! Ich darf vielleicht noch dazu sagen, daß es wichtige Zusatzseiten gibt zu diesem Werk. Wer sich die Mühe machen will oder die Mühe machte, alle Einzelpos. des o. und des ao. H. durchzuforschen, der ist etwa bis Ende der weißen Seiten durchgekommen; es ist zu Beginn zunächst eine gruppenweise Zusammenstellung, dann die gesamten Einzelansätze - sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite. Dann beginnen die Sammelnachweise - das ist der gelbe Teil. Hier ist schon etwas kompaktere Information verpackt. D. h., hier wird Personal, hier werden die Darlehensaufnahmen, -tilgungen, die Darlehensentwicklung, die Rücklagenentwicklung etc. dargestellt. Auf eine Seite möchte ich bes. hinweisen - und zwar ist das die Seite 358. Wenn ich mir ein Budget oder einen Rechnungsabschluß ansehe, dann ist das für mich jene Seite, wo ich am kompaktesten Information erzielen kann. Ich sehe also durch

diese Haushalts-Querschnittssummen am besten, wofür das Geld eingesetzt wurde und wie die Finanzierung des Budgets vonstatten gegangen ist.

Es sind dann noch einige andere Nachweise drinnen, und es sind weiters auch die Abrechnungen der Stadtwerke und des Versorgungsbetriebsverbundes enthalten.

Im Detail geht es ja beim Rechnungsabschluß darum, alle jene Abweichungen festzustellen, die seit dem Beschluß des Nachtragsvoranschlags gegeben waren. Das ist eben, wenn man aufgrund von gesetzl. Verpflichtungen Zahlungen leistet, wenn Termin-Unstimmigkeiten vorkommen, nicht so, daß der Nachtragsvoranschlag, der sehr spät - ich glaube, im November letzten Jahres - beschlossen wird, schon 100%ig stimmt. D. h., auch dort sind noch - dadurch, daß zugesagte Zahlungen eben nach Rechnungsabschluß einlangen - Verschiebungen möglich. Aus solchen Gründen können Abweichungen auftreten. Diese Abweichungen sind - das ist vielleicht auch ein wichtiger Teil - die letzten Seiten dieses Rechnungsabschlusses, beginnend von Seite 387. Hier ist genau aufgelistet, was sich im o. H. bei den Ausgaben gegenüber dem Nachtragsvoranschlag verändert hat, was sich bei den Einnahmen des o. H. verändert hat; und schließlich auch bei den Positionen des ao. H., was Einnahmen und Ausgaben betrifft.

Sollten zu einzelnen Punkten Diskussionswünsche bestehen, dann werde ich versuchen, das aufzuklären - bzw. mit Hilfe der zuständigen "stadtsenatl. Referenten" werden wir eine Erhellung hineinbringen, wenn jemand Auskunftswünsche hat.

Ansonsten bitte ich aber, diesen Rechnungsabschluß - so wie vorgelegt - durch einen einstimmigen Beschluß zur Kenntnis zu nehmen.

30) Buch-2/93

Rechnungsabschluß 1993.

Der GR möge beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1993 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im o. H. v. S 1.031.371.140,37

im ao. H. v. S 277.602.706,83

somit insg.: S 1.308.973.847,20 genehmigt.

Weiters wird die Bilanz d. Stadtwerke Steyr für das Finanzjahr 1993 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 130.116.143,54 und die Bilanz des Versorgungsunternehmens Steyr mit Aktiva und Passiva von S 145.272.472,91 genehmigt.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zunächst hat sich Koll. Spöck zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR RICHARD GOLLATSCH VERLÄSST UM 17.18 UHR DIE SITZUNG.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Das Volumen des o. und ao. H. beträgt im Rechnungsabschluß 1993, wie wir auch von Koll. Zagler gehört haben, 1,308.973 Mrd. S, was eine Minderung - gegenüber dem Vergleich zum Rechnungsabschluß 1992 - von rd. 146 Mill. S bedeutet.

Die Aufteilung im Amtsbericht nach erfolgs- und vermögenswirksamen Einnahmen zeigt auch im Vergleich zum Rechnungsabschluß 1992 bei der lfd. Gebarung eine Minderung von rd. 186 Mill. auf 861 Mill. S - im o. H. Diese Minderungen sind zum Teil auch schon begründet worden durch den Wegfall der Gewerbesteuer - hier denke ich an BMW; zum anderen auch durch geringere Zinserträge. Beim Sparkassenfonds in etwa wird gerechnet von 16 Mill. S; bzw. hat sich hier auch die allg. Einnahmen-Entwicklung neg. ausgewirkt - mit rd. 13 Mill. S.

Nicht erfreulich auch die Rücklagen-Entnahmen - 1992: 1,2 Mill. S, beim Rechnungsabschluß 1993: 59,3 Mill. S. Die Ausgaben sind leider gestiegen, bei der lfd. Gebarung von 760 auf 842 Mill. - davon wiederum der größte Brocken, der auch schon vom Finanzref. angesprochen wurde: Leistungen Personal von 305 auf 331 Mill. S (über 37 % wurde vorhin von Koll. Zagler gesprochen). Trotzdem noch genug!

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch - wie ich es bei den div. Sitzungen immer mache - darauf hinweisen, daß es hier zu keinen Personalvermehrungen kommt. Gewisse Personalvermehrungen stehen uns leider - oder standen uns - ins Haus und sind unausweichlich; wenn ich z. B. an die Verkehrsbetriebe oder an das APT denke. Im Verwaltungsbereich müssen wir auf jeden Fall trachten, daß es aufgrund dieser Zahlen zu keinen Personalvermehrungen kommt. Die Steuerreform hat sich - soweit ich es sehe - auf unseren Haushalt - so pos. sie auch für den Arbeitnehmer war - nicht pos. ausgewirkt. Die Kommunalsteuer-Entwicklung ist fraglich. Ebenso wissen wir noch nicht genau, wie sich die Ausgleichszahlungen auswirken. Unter dem Strich zeigt sich, wie man hört, ein Minus in zweistelliger Millionenhöhe. Genug der Zahlen. Bei dieser Gelegenheit - **leider** wie in den vergangenen Jahren - verweise ich wieder auf die Notwendigkeit eines mittelfristigen Finanzierungskonzeptes. Die endgültige Fassung fehlt ja noch immer; vergangenes Jahr haben die Fraktionen die Vorstellungen zu einem mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 1993 - 1997 einbringen können. Das Finanzierungskonzept, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, ist - gerade wenn wir uns den Rechnungsabschluß ansehen - wichtiger denn je. Derzeit wird ja - wie

man hört - noch auf Beamtenebene verhandelt. Der mittelfristige Plan, der schon einmal den Fraktionen vorgelegen ist, soll auf aktuellen Stand gebracht werden. Nach der Sommerpause soll er fertig sein. Das Gesamtvolumen beträgt für die Jahre 1994 - 1997 1,3 Mrd. S, wo dann was bleibt, werden die Verhandlungen ergeben.

Zurück zum Rechnungsabschluß. Abschließend möchte ich auch - namens der Fraktion - einen Dank aussprechen. Und zwar einen Dank aussprechen der Beamenschaft für die gute Ausführung des Rechnungsabschlusses; insbes. dem Leiter, Hrn. Mag. Lemmerer. Dem Rechnungsabschluß 1993 stimmen wir - vorbehaltlich natürl. der Positionen, bei denen wir beim Grundsatzbeschluß nicht mitgehen konnten - zu.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Hr. Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine Damen und Herren! Insgesamt ist festzustellen, daß dieser Rechnungsabschluß über das Haushaltsjahr 1993 in der Gesamthöhe von 1,3 Mrd. nur eine geringe Abweichung gegenüber dem auch von den Freiheitl. mitbeschlossenen präliminierten Budget aufweist.

Von meinem Vorredner wurde jetzt schon einiges gesagt - vom Zahlenmaterial her. Ich möchte angesichts der sommerlichen Hitze einiges nicht zur Wiederholung bringen. Nur die wichtigsten Dinge.

Gegenüber dem Voranschlag ist eine Abweichung von 63 Mill. - das sind 4,9 % - Unterschied zu registrieren. Und zwar als Unterschreitung. Diese Unterschreitung kommt deshalb zustande, weil vor allem im ao. H. statt - wie ursprüngl. veranschlagt - 329 Mill. nur 277 Mill. ausgegeben wurden. Die Gründe wurden dargestellt. Im o. H. gibt es eine Unterschreitung von ca. 12 Mill. S.

Der Rechnungshof stellt in einer pauschalen Erkenntnis fest, alle Über- und Unterschreitungen, Abweichungen in der Höhe von 10 % sind tolerabel und vertretbar. Hier handelt es sich um eine Abweichung von nicht einmal ganzen 5 % vom Voranschlag, daher entsteht für die Freiheitl. GR-Fraktion kein Anlaß, diesem Rechnungsabschluß nicht zuzustimmen. Wir haben auch dem Budget 1993 mehrheitlich zugestimmt.

Trotzdem gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, einige kritische Punkte zum Budget-Abschluß anzumerken. 3 Positionen sind es, die doch über den pos. Rechnungsabschluß nicht hinwegtäuschen können, über einige schwierige Situationen. Ich glaube, die Hauptsituation ist im Personalbereich zu sehen, wo wir

gerade im Mag. hier einen Nachholbedarf haben - bes. im Verwaltungssektor. Für Personal, Pensionen und Funktionärs-Aufwandsentschädigungen wurden 1993 bereits 389 Mill. S der 843 Mill., der lfd. Gebarung, d. s. 46,1 %, ausgegeben. Vom ges. o. H. machen diese Personalkosten 37 % aus. Die Tendenz ist steigend.

Wir haben auch heute schon gehört, wir stehen wiederum vor Personalaufstockungen, wir stehen wiederum vor Personalvermehrungen - nicht nur im Altenheim, sondern auch in anderen Bereichen, wo man durchaus durch Personal-Rochaden Personal verändern wird müssen. Natürl. kommen zu einigen Verwaltungsbereichen neue Agenden dazu - da wird man sich etwas überlegen müssen. Aber die derzeitige Personalentwicklung läßt wenig Hoffnung aufkommen, daß es besser wird. Es gibt nach wie vor - dafür ist auch der Hr. Finanzref. zuständig, weil wir heute schon so viel von Zuständigkeiten gesprochen haben - für das Personal, wenn man die letzte Personalausschuß-Sitzung hernimmt, meine Damen und Herren, das war eine chaotische Sitzung. Selbst Mitglieder seiner Fraktion haben mir das bestätigt. Es war nicht klar, ob wir in einer Abstimmung sind, ob ein paar Leute draußen oder drinnen sind. Ich habe dann diese Sitzung verlassen - mit der Bemerkung, daß das sowieso nur einen empfehlenden Charakter hat und am nächsten oder übernächsten

Tag im StS dann diskutiert und endgültig beschlossen werden soll. Der Hr. Finanzref. hat es vorgezogen, sich bei der StS-Sitzung entschuldigen zu lassen; sowohl für die wichtigen Personalien als auch für den wichtigen Rechnungsabschluß. Die Konferenz - ich weiß nicht, wann sie aus war ...

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich hatte leider für 900 Schüler eine wichtige Konferenz!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Vielleicht könnten wir Koll. Zagler einmal darauf hinweisen, daß er sich mit seinen persönl. Äußerungen zurückhält. Das ist wirklich die Spitze! Und ich verwahre mich

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Die Spitze ist ...

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Und ich verwahre mich dagegen, wenn unser Vizebürgermeister hier in einer öffentl. GR-Sitzung als "Kasperl" tituliert wird!

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Über das "Kasperltheater" haben wir schon öfter gesprochen!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich glaube, Hr. Bgm., das wäre

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Und ich glaube, daß man sich zu Wort melden soll, wenn man

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das war ein Zwischenruf, den ich mir erlaubt habe!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

..... wenn man anderen Vorhaltungen macht, ganz besonders! Zwischenrufe gibt es überall! Angriffe, Wechselrede - so etwas gibt es auch; aber ich bitte, etwas im Rahmen zu bleiben! Bitte fahren Sie fort, Hr. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke schön! Wir haben heute schon über Fleiß und Einsatz gesprochen. Ich weiß nicht, wie lange diese wichtige Konferenz gedauert hat, aber die Punkte Finanzabschluß und Personalien haben wir um 13.30 Uhr gemacht. Ich glaube nicht, daß die Konferenz um diese Zeit noch getagt hat. Es wäre, glaube ich, leicht gewesen, daß der zuständige Ref. zu diesen wichtigen Punkten anwesend gewesen wäre.

Außerdem, was mir noch fehlt hier: Es ist kein Ansatz für eine Dienstpostenbeschreibung hier! Nur ansatzweise - durchgehend fehlen die Dienstpostenbeschreibungen. Selbst für neue Dienstposten gibt es diese

Dienstposten-Beschreibungen noch nicht. Ich warte immer noch auf eine Beschreibung unseres Controllingpostens. Ich warte immer noch darauf! Ich warte auch auf die neuen Dienstposten-Beschreibungen, die jetzt wieder im nächsten Personalausschuß beschlossen werden sollen.

Ich mußte jetzt plötzlich ganz überraschend zur Kenntnis nehmen, daß es einen neuen Personalausschuß gibt - innerhalb von 14 Tagen den zweiten. Hätten wir das nicht wirklich schon im letzten Personalausschuß mitbestimmen können? Hier eine ganze Mappe weiterer Richtlinien - nächsten Donnerstag um 10.30 Uhr. In einer halben Stunde werden wir das nicht durchkriegen, um 11 Uhr ist StS. Also ich frage mich wirklich, wer hier ernsthaft an die pol. Sache und an die Arbeit herangeht!

Ein wesentl. Punkt - neben der Personalsituation -, der gelöst werden muß. Ich stelle mir vor, daß wir sukzessive ein Einfrieren bzw. eine jährl., prozentuale Verminderung des Personalbudgets im Verwaltungsbereich durchsetzen können und auch werden.

Zum Steueraufkommen. Minder-einnahmen bei Gemeindesteuern sind erwähnt worden. Bes. bei den Bundesabgaben - Ertragsanteile sind ein ernstes Warnzeichen! Das Steueraufkommen ist um 21,3 % geringer als im Jahre 1992 - das sind 173 Mill. S. Rückgänge - wie auch erwähnt - bei der Gewerbesteuer (BMW),

aber auch von neuen Bundesgesetz-Regelungen, wie LsSt und der Grundsteuer B. Dagegen sind einige Einnahmen gestiegen - Müllabfuhr, Kanalbenützungsgebühr, um rd. 33 %.

Hier ist nun aber auch der Bund am Zuge, da die Ertragsanteile von rd. 296 Mill. S auf 290 Mill. S zurückgegangen sind. Der Bund muß den Gemeinden, im Wege des Finanzausgleiches, mehr geben und dieses Manko ausgleichen. Auch hier sind Verhandlungen notwendig.

Abschließend noch zur generellen Finanzsituation der Stadt Steyr. Wir können unsere Budgets der nächsten Jahre nicht mehr ohne Rücklagenentnahmen, ohne neue Darlehensaufnahmen finanzieren. Fast 60 Mill. S müßten als Haushaltsausgleich für den o. H. an Rücklagen entnommen werden. Wenn wir jedes Jahr nun 60 Mill. S an Rücklagen entnehmen, dann sind unsere Ressourcen von 105 Mill. S in 21 Monaten verbraucht!

Aber auch die Schulden der Stadt werden langsam bedenklich. Im Finanzjahr 1993 sind 592 Mill. Schuldenstand zu registrieren, d. s. ca. 15.000 S pro Kopf der Bevölkerung. 143 Mill. S an Tilgungsrate und 32 Mill. S an Zinsen sind insges. 175 Mill. Schuldendienst, der zu leisten ist. Es müssen neue Darlehen, neuerliche Rücklagenentnahmen erhalten, um im ao. H. neue Vorhaben finanzieren zu können. Ich warne nun davor, neue Darlehensaufnahmen ausufern zu

lassen, denn zusammen mit dem Rücklagen-Verbrauch heißt dies, daß 18 % des Gesamtbudgets von 1,3 Mrd., das sind 234 Mill., nur mehr über Darlehen und Rücklagen-Verbrauch finanziert werden können. Wie lange halten wir das jetzt aus? 1, 2 bis 3 Jahre - länger nicht! Und dazu, daß wir auch über diese 3 Jahre hinaus denken und planen können, fehlt - wie auch bereits angesprochen - dringend ein beschlußfähiges und diskutierfähiges mittelfristiges Finanzkonzept. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke auch. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Schlußwort - Hr. Referent bitte.

STADTRAT KARL HOLUB VERLÄSST UM 17.40 UHR DIE SITZUNG.

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte mein Schlußwort auch - im Zuge der heutigen Temperaturen - rel. kurz halten. Das Wesentlichste wurde auch durch die beiden Wortmeldungen bestätigt. Koll. Spöck und auch Dr. Pfeil haben auf die Entwicklung heuer bereits Betrachtungen abgegeben. Das sieht eben auch nicht sehr rosig aus, und ich kann hier mit Dir wirklich einstimmigst sein: Wie lange halten wir das noch aus? Oder: Wie lange kann man noch Zusatzfor-

derungen stellen, ohne auf der anderen Seite eben die Einsparungen zu machen.

Das über die Personalkosten einzufrieren oder gar abzubauen - mit dem Weg, keine Lohn- und Gehaltssteigerungen und den Produktivitätszuwachs nicht an die Bevölkerung weiterzugeben, ist der ganze Osten massiv gescheitert. Ich glaube, daß dies nicht unbedingt die richtige Art ist.

Über das mittelfristige Finanzierungskonzept haben beide Debattenredner gesprochen und dieses eingefordert. Ich darf erinnern, daß wir voriges Jahr erstmalig in der Geschichte unserer Stadt so ein mittelfristiges Finanzkonzept vorgelegt haben, das im Finanz- und Rechtsausschuß einstimmig verabschiedet wurde. Im StS hat dieses Konzept dann keine Mehrheit bekommen und wurde zurückgezogen; weswegen es auch dorthin gekommen ist, als was es auch der RH gedacht und geplant hat. Nämlich als eine Arbeitsunterlage, als ein Arbeitspapier für die Finanzverwaltung, sprich für den GB II, auch für den Finanzref. und für den Finanz- und Rechtsausschuß.

Mag. Lemmerer und sein Team werden im Juli und August - in der Urlaubszeit, aber trotzdem hier im Haus anwesend - diese mittelfristige Finanzplanung fortschreiben und dieses dann auch im Herbst dem Finanz- u. Rechtsausschuß wieder zur Kenntnis bringen.

Ich bin aber gerne - und das habe ich in der StS-Sitzung seinerzeit auch gesagt - bereit, auch ein mittelfristiges Finanzkonzept auszuhandeln und dieses zu beschließen. Allerdings soll das dann aber die Leitlinie bis zum Jahr 1997 sein. Und es kann dann nicht sein, daß man alle paar Monate oder jedes Jahr neuerlich in Budgetverhandlungen einschreitet. Sollte dieses Angebot von den Fraktionsobmännern gewünscht und gewollt werden, dann bin ich sicher, daß wir hier einen Modus finden könnten, eben eine längerfristige Zusammenarbeit aufgrund eines gemeinsam beschlossenen Budgets bis zum Jahr 1997 durchzuführen. Nur anders - wir sprechen auch gerade von Personaleinsparungen - kann ich es mir nicht vorstellen, daß wir die gesamte Budgetverhandlung zweimal im Jahr abführen. Einmal beim mittelfr. Finanzkonzept und dann bei der jährl. Budgeterstellung. Denn da wäre mein GB II, der gute Arbeit leistet - was Koll. Spöck auch betont hat und was die Abteilung von mir weiß; ich darf das hier nur der Vollständigkeit halber vor Ihnen wiederholen -, dann würde das mit dem Personalstand mit Sicherheit nicht gehen.

Auch eines wird oder würde nicht gehen. Und da ist der Vorwurf, den Du, Leopold, mir gemacht hast, natürl. einer, der ein bißchen am Thema vorbeigeht. Es wird auch keinen nebenberufl. Finanzref. geben

können, der zweimal im Jahr monatelange Budgetverhandlungen hält. Und es sind leider, weil es sich die Stadt Steyr nicht leisten kann und will, das ist ein Beschluß oder eine einvernehmliche Erklärung im GR gewesen, keine hauptamtl. dotierten StS-Mitglieder und Vbgm. vorhanden. Man kann es einem Schuldirektor nicht zumuten, der für 900 Schüler zuständig ist und für 90 Lehrer (über 80 Akademiker), der 40 Klassen zu führen hat, wenn er eine Konferenz hat, dann gleichzeitig bei einer StS-Sitzung zu sein. Ich kann das leider nicht. Es erlaubt mein Dienstgeber nicht, daß ich meinen Ersatz- oder Hilfsdirektor engagiere für diese Zeiten, wo ich hier in der Stadt bin. Das geht - Du hast das Glück - in einer Praxis im freien Beruf. Das geht aber leider bei mir nicht.

Die Sache im Personalbeirat kann man natürl. sehen wie man will. Das ist auch nicht Thema der Erörterung des Rechnungsabschlusses. Aber ich habe hier meinen eigenen Eindruck, wo die "Reibereien" hergekommen sind. Daß man sich als "Einmann-Betrieb" in diesem Personalbeirat, bei dem Du - seit es ihn gibt - dreimal persönl. anwesend warst (die meiste Zeit warst Du entschuldigt), Du hast Deinen Stellvertr. Fürweger delegiert, einmal war auch Dein Koll. Fürweger nicht da

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Das sagt einer, der im Verkehrsausschuß fast nie da ist! Du bist aber mein Stellvertreter! Das ist mein Stellvertreter im Verkehrsausschuß!

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Das möchte ich nur sagen, und ich möchte auch protokolliert haben, daß die Teilnahme an den Personalbeirats-Sitzungen von Dr. Pfeil, der zwar beim Austeilen soviele Hände hat, aber dort scheinbar zu wenig hat,

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich darf Dich ersuchen, daß Du zum Verkehrsausschuß auch öfters kommst! Öfters!

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Bitte sieh doch den Tatsachen ins Auge! Wirf nicht immer mit Steinen, wenn Du im Glashaus sitzt - das ist nämlich nicht gesund! Soviel "Dreck am Stecken" zu haben, und dann immer wieder an die Öffentlichkeit zu gehen. Das ist ja wirklich

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm.! Warum gibt es keinen Ordnungsruf, wenn er sagt, ich hätte "Dreck am Stecken"?

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Das ist ja wirklich unverschämt. Bei drei oder vier Sitzungen von den 20, die seit 1991 statt-

gefunden haben, warst Du anwesend. Bei zwei Sitzungen davon bist Du vorzeitig davongelaufen. So ist es! Das ist Tatsache,

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm.! Zur Geschäftsordnung!

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Das ist Tatsache!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm.! Einen Ordnungsruf. Ich habe keinen "Dreck am Stecken". Hr. Bgm., darf ich dazu Stellung nehmen?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, aber fertigreden darf er. Das steht im Statut. Lesen Sie das einmal nach! Lassen Sie ihn jetzt einmal reden!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, er darf nicht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ein Redner wird während seiner Rede nicht unterbrochen! Wo gibt es denn so etwas?! Da brauche ich keinen Rechtsgelehrten dafür! Ich würde Koll. Zagler bitten, nun fortzufahren.

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich darf wieder zum eigentl. Antrag zurückkehren - nämlich zum Rechnungsabschluß, zur Darlehens- und Rücklagenentwicklung. Sie ist wirklich beängstigend, weil wir eben von der Substanz leben. Wir haben etwa 50 Mill. S an Rücklagen verbraucht und etwa 80 Mill. S an Darlehen mehr aufgenommen; d. h., um rd. 130 Mill. S von der Substanz gelebt. 130 Mill. S - das sind 10 % des Gesamtbudgets. D. h., wir haben um 10 % des Gesamtbudgets weniger über Steuern, über Tarife, über Zuschüsse eingenommen als wir auf der anderen Seite ausgegeben haben. Damit schließt sich der Kreis.

Ich kann mich in der Sache, die Dr. Pfeil gesagt hat, anschließen: Wie lange wird sich das Steyr noch leisten können? Damit es uns nicht so geht, wie der Finanz-StR in Salzburg gesagt hat: Wenn einer 100.000 S verdient, verdient er zwar sehr gut; wenn er davon aber 98.000 S für Fixkosten wegzahlen muß, dann sind 2.000 S Handlungsspielraum sehr wenig! Wir werden bald - wenn es so weitergeht - diesen Handlungsspielraum nicht mehr haben. Daher wäre ich auch sehr froh, ein mittelfristiges Konzept von allen Parteien beschließen bzw. absegnen und dieses bis 1997 laufen zu lassen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zur GO ist Hr. Dr. Pfeil gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur GO! Hr. Bgm., Hr. StR Zagler verdient einen Ordnungsruf für die Aussage: "Dr. Pfeil hat 'Dreck am Stecken'!"

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist Ihre Meinung, daß dies so ist, aber in der pol. Diskussion gibt es eben einen "Schlagabtausch". Da braucht keiner so empfindlich sein! Sie teilen ja auch sehr stark aus, Hr. Dr. Pfeil. Und wenn einmal der eine nicht bei der Sitzung ist und einmal der andere nicht bei der Sitzung ist, dann wäre es mir lieber, wenn Ihr Euch das nicht gegenseitig vorwerfen würdet, sondern besser in die Sitzung geht. Das ist meine Meinung dazu.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das Schlußwort ist bereits gefallen - wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (FP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Antrag Nr. 31) bitte.

STADTRAT DKFM.

MAG. HELMUT ZAGLER:

Der letzte Antrag: 40 Kleinwohnungen der Stadt Steyr im Stadtteil Resthof. Es geht um die Aufnahme eines Bauspardarlehens über S 5,277.700. Es ist ein Bausparkassen-Darlehen, und ich muß nicht extra betonen, daß hier die Verzinsung eine günstige ist.

Zuständig für diesen Beschluß ist der GR, und ich darf darauf aufmerksam machen, daß hier ein spezielles Anwesenheitsquorum und auch ein spezielles Beschlußquorum erforderlich sind - nämlich 2/3 der Mitglieder des GR müssen anwesend sein.

Das ist der Fall. Und 2/3 davon müßten die Zustimmung geben, damit diesem Antrag über die Aufnahme des Bauspardarlehens bei der Allg. Bausparkasse der Volksbanken stattgegeben werden kann. Ich bitte um Zustimmung.

31) Ha-2450/90

40 Kleinwohnungen d. Stadt Steyr im Resthof; Aufnahme eines Bauspardarlehens.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. GB f. Finanzen v. 20. Juni 1994 wird der Aufnahme eines Bauspardarlehens in der Höhe von S 5,277.700,-- bei der ABV Allg. Bausparkasse reg. Gen.m.b.H., Liechtensteinstr. 111 - 115, 1091 Wien, zu den im Amtsbericht angeführten Bedingungen zugestimmt.

Weiters wird der Einräumung eines Pfandrechtes in der Höhe von S 5,277.700,-- zuzügl. 20 %

Nebengebühren ob der Baurechts-EZ 580 KG Gleink (49207) zugunsten der oben angeführten Bausparkasse zugestimmt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte, wer wünscht dazu das Wort? Koll. Rohrauer bitte.

GEMEINDERAT

FRANZ ROHRAUER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Gelegenheit benützen, festzustellen, daß diese Kleinwohnungen, die ja vergangenes Jahr übergeben wurden, so quasi ihren ersten Winter überlebt haben. Die Bewohner sind darauf gekommen, daß diese Art der Wohnungen sicherlich nicht geeignet ist, einen dementspr. Wohnkomfort zu haben. Denn dieser Winter zeigte, daß die Undichtheit der Gänge und des Stiegenhauses so enorm ist, daß Schmelzwasser und bei Stürmen der Regen bis in das Stiegenhaus hineingelaufen sind. Ich möchte hier feststellen und den zuständigen Ref. auffordern, daß er diese Mißstände - ich hoffe, auch mit Unterstützung des Finanzref. - beilegen kann.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Sehr verehrter GR! Ich sehe bei diesen 40 Kleinwohnungen nicht nur bauliche Mängel, sondern ich sehe auch Mängel im sozialen Bereich. Wir haben dort eine Monokultur errichtet. Es wird in diesem Haus nie möglich sein, daß sich eine größere Familie ansiedeln kann.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das ist ja der Sinn von Kleinwohnungen!

VIELE DERARTIGE ZWISCHENRUF

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Ich würde eher vorschlagen, daß man eine Mischung macht, daß man ein Haus so gestaltet, daß wirklich verschiedenste Strukturen vorherrschen können, daß auch ältere Leute drinnen wohnen können und daß sowohl junge als auch "mittlere" Ehepaare dort wohnen können. Man soll ev. auch Wohnungen schaffen, bei denen man Durchbrüche machen kann etc.

Mit so einer Struktur glaube ich nicht, daß z. B. auch die Instandhaltung optimal sein wird. Denn wir wissen ja, daß die jungen Leute nicht alle gerade gerne den Besen schwingen werden! Nicht? So ein Haus wird viel schneller abgewohnt, als wenn es eine gute Struktur aufweist. Das nur vielleicht zu den 40 Kleinwohnungen. Ich würde mir wünschen, daß man in

Zukunft solche Häuser nicht mehr baut.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Koll. StR Tatzreiter ist der nächste am Wort.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Zum letzteren würde ich, Hr. Fürweger, schon darauf Bezug nehmen, daß die jungen Leute auch putzen! Einen solchen Vorwurf würde ich nicht machen. Sie degradieren die jungen Leute! Zum anderen, zur Bauweise. Diese Art Laubengang-Wohnung - so heißt diese Bauart - ist natürl. nicht geeignet für Steyr oder für unsere Klimazonen und vor allem dem Wind und dem Wetter nicht ganz standhaft. Die Planer haben es gut gemeint, die Bauart ist rel. günstig gewesen. Es hat sich jedoch hinterher herausgestellt, daß bei stürmischen Witterungen, wie im Winter, vor allem beim letzten Schneesturm, dort Schnee eingedrungen ist in die Stiegenhäuser.

Dies hat mich sofort veranlaßt, dort hinzufahren. Ich habe das besichtigt und darf nun vermerken, daß wir sofort eine weitere Planungsmaßnahme vorgenommen haben, um dies wieder zu sanieren. Ich darf sagen, da haben sich die Architekten, aber auch die Baumeister verschätzt - ich bin kein Architekt; das möchte ich schon

dazu sagen. Die Herren müssen wissen, welche Witterungseinflüsse wir in dieser Region haben. Sie haben aber auch sofort darauf Bezug genommen, daß so etwas nicht mehr gebaut wird. Wenn, dann nur mehr in geschlossener Form. Laubengang - ja, aber nur mehr in geschlossener Form!

Nun noch zu dem, daß es Kleinwohnungen geworden sind. Das war eigentl. der Wunsch aller, und diese Wohnungen waren auch sehr rasch vergeben. Die im Wohnungsausschuß sitzenden Mitglieder hier haben festgestellt, wie schnell diese Wohnungen weg waren. Es gibt auch keinen einzigen Mangel, was dort das Wohnen anlangt. Ausschließlich die Bausubstanz, nämlich die Öffnung der Stiegenhäuser, hat zu einem Mißstand geführt, den wir aber beheben. In diesem Zusammenhang wird der Bau dort wahrscheinlich auch bevorzugt sein. Ich sage das noch einmal: Alle sagen zu mir, daß der Gang heraußen, wenn er ein bißchen "luftig" bleibt, sehr angenehm ist. Die Bewohner sind an und für sich froh darüber. Ich habe schon mit mehreren gesprochen, weil ich mehrmals dort war. Das einzige, das wir noch vor dem Winter beheben müssen, ist die Öffnung des Stiegenhauses; und möglicherweise auf der Ostseite - wenn der Wind sehr stark weht -, bringen wir eine kleine Korrektur an. So eine Art Vordach über die Balkone, sodaß nicht die

ganze Öffnung frei ist. Aber das ist ein rel. geringer Aufwand - wenn ich das so sagen darf. Dennoch ist es seitens der Mieter eine sehr liebgewonnene Wohnmöglichkeit.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Der Referent verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Keine Gegenstimmen. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich darf mitteilen, daß wir heute Beschlüsse und Genehmigungen im Ausmaß von S 1,338.707.347 vorgenommen haben.

Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Ich darf fragen, ob seitens der SPÖ ein Thema gewünscht wird? Nicht der Fall. FPÖ? Kein Thema. ÖVP? Ebenfalls keinen Beitrag. Hat die GAL-Fraktion ein Thema zur Aktuellen Stunde? Dies ist auch nicht der Fall.

Dann, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Es war die letzte vor dem Sommer. Ich darf Ihnen allen schöne Ferientage

wünschen, Entspannung und Erholung, damit wir im Herbst für die Stadt weiterarbeiten können. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 18.07 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Franz Rohrauer e.h.

Hans Dieter Götz e.h.

DER VORSITZENDE:

Handwritten signature of the chairperson

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Handwritten signature of the protocol leader

Handwritten signature of the protocol leader

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Handwritten signature of the protocol reviewer

Handwritten signature of the protocol reviewer